Wiesbadener Geschäftsbericht SGB II

1. Halbjahr 2010

Teil 1:
Wohnsituation und Wohnkosten der Wiesbadener Haushalte mit SGB II-Bezug

Teil 2:
Grundsicherung für Arbeitsuchende in Zahlen
- Januar bis Juni 2010 -

WIESBADEN

Amt für Soziale Arbeit

Bearbeiter/-innen:

Dr. Julia Brennecke

Sandra Nicklas

Bezugsadresse:

Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden
Amt für Soziale Arbeit
Abteilung Grundsatz und Planung
Konradinerallee 11
65189 Wiesbaden

Tel. 0611/31-5449
Fax. 0611/31-3951

E-mail: Sozialplanung@wiesbaden.de

Download unter:
http://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/sozialplanung/sozialplanung/beschaeftigungsfoerderung.php

Dezember 2010

Geschäftsbericht zur Grundsicherung für Arbeitsuchende I/2010

Inhaltsverzeichnis

Hintergrund 4

1. Angemessenheitsregelung im SGB II und Wiesbadener Praxis bei der Übernahme der Kosten der Unterkunft 5

2. Wohnsituation der Wiesbadener Haushalte mit SGB II-Bezug 8

3. Wohnkosten und Leistungen für Kosten der Unterkunft der Wiesbadener Haushalte mit SGB II-Bezug 13

4. Interkommunaler Vergleich der Wohnkosten und Wohnsituation 19

5. Sozialräumliche Segregationstendenzen der einkommensschwachen Haushalte im Wiesbadener Stadtgebiet 22

Hintergrund

In der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) tragen die Kommunen dem Grunde nach die Kosten der Unterkunft und Heizung. In Wiesbaden bezogen im Juni 2010 15.790 Haushalte Leistungen nach dem SGB II, d. h. bei 14,2 % aller Wiesbadener Haushalte übernimmt die Stadt als SGB II-Träger unter Beteiligung des Bundes[1] die Wohnkosten größtenteils. Die Ausgaben hierfür belaufen sich auf knapp 7 Mio. € pro Monat. Im Jahr 2009 wurden insg. 78,5 Mio. € für Kosten der Unterkunft und Heizung aufgewandt. Davon hat der Bund knapp 20 Mio. € getragen, die Stadt Wiesbaden den „Löwenanteil" mit 58,6 Mio. € bzw. 74,6 %.

Die Wohnkosten der SGB II-Empfänger sind aber nicht nur ein fiskalisches, sondern auch ein sozial- und wohnungspolitisches Thema:

- Das bekanntermaßen hohe Mietniveau in Wiesbaden führt dazu, dass bei gleichem Einkommen mehr Haushalte Grundsicherungsleistungen in Anspruch nehmen müssen als in Kommunen mit niedrigeren Wohnkosten. Zugleich ist es für Wiesbadener SGB II-Bedarfsgemeinschaften angesichts des hohen Mietniveaus schwieriger, die Hilfebedürftigkeit zu überwinden.
- Die Mittel in Höhe von mehr als 78 Mio. €, die jährlich in den Wiesbadener Wohnungsmarkt fließen, finanzieren zu weiten Teilen die Mieten in den preisgünstigen Teilsegmenten des Wiesbadener Wohnungsmarktes[2]. Das Amt für Soziale Arbeit mit dem kommunalen Jobcenter sichert einerseits die Mietzahlungen in einem wichtigen Teilsegment des Wohnungsmarktes und ist andererseits von Mietkostensteigerungen in hohem Maße betroffen.
- Weil das Angebot an preisgünstigen Wohnungen beschränkt ist, SGB II-Leistungsberechtigte aber auf Wohnungen mit einer Nettokaltmiete bis zu 6,50 € angewiesen sind, besteht die Gefahr, dass sich Polarisierungs- und Segregationstendenzen auf dem Wiesbadener Wohnungsmarkt verstärken.
- Zugleich ist es für eine Wiesbadener Familie mit SGB II-Bezug vergleichsweise schwierig, eine neue Wohnung mit sog. „angemessenen Kosten" zu finden.

Der Beitrag zeigt die Wohnsituation und Wohnkosten der Wiesbadener Haushalte mit SGB II-Bezug auf, arbeitet über interkommunale Vergleichsdaten wiesbadenspezifische Besonderheiten heraus und fragt nach der Entwicklung der Segregationstendenzen auf dem Wiesbadener Wohnungsmarkt.

Da die Wohnsituation und die Wohnkosten sowohl Folge als auch Bedingung des SGB II-Bezuges sind, muss zunächst auf die sog. Angemessenheitsregelung bei der Übernahme der Kosten der Unterkunft im SGB II eingegangen werden.

[1] Der Bund beteiligt sich derzeit mit 23 % an den kommunalen Kosten der Unterkunft und Heizung für SGB II-Leistungsberechtigte. Die Bundesbeteiligung bemisst sich nach § 46 Abs. 5 SGB II und ist der politischen Zusage zur Entlastung der Kommunen in Höhe von 2,5 Mrd. € pro Jahr im Vermittlungsausschuss zum Vierten Gesetz über moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt geschuldet. Sie wird jedes Jahr neu festgesetzt und variiert nach Bundesländern. Die Bundesbeteiligung belief sich in 2009 auf 25,4 %, in 2010 liegt sie bei 23 % und wird in 2011 voraussichtlich wieder auf 24,5 % steigen.

[2] Die Nachfrage im preisgünstigen Wohnungsmarktsegment wird neben den SGB II-Empfängern von den Beziehern von SGB XII-Leistungen, Wohngeldempfängern, Asylbewerbern und sonstigen Haushalten im Niedrigeinkommensbereich ohne staatliche Transferleistungen getragen.

1. Angemessenheitsregelung im SGB II und Wiesbadener Praxis bei der Übernahme der Kosten der Unterkunft

Mit der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende zum 01.01.2005 hat sich auch die Regelung zur Übernahme der Wohnkosten verändert. Im SGB II wurde festgelegt, dass die Kommunen - unter finanzieller Beteiligung des Bundes - die Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) für die Bedarfsgemeinschaften zu übernehmen haben. Das gilt allerdings nur insoweit, wie die Kosten „angemessen" sind. In der Teilgruppe der SGB II-Empfänger/innen gibt es damit die Besonderheit, dass die Betroffenen sich nicht beliebig mit Wohnraum versorgen können, sondern aufgrund der sog. Angemessenheitsregelung bestimmte Wohnstandards einhalten müssen.

Was als „angemessen" gilt, wurde im Gesetz nicht näher bestimmt. Der Gesetzgeber hat auch von der Verordnungsermächtigung in § 27 SGB II seit 2005 keinen Gebrauch gemacht, also keine bundeseinheitlichen Vorgaben zur „Angemessenheit" entwickelt. Das eröffnet den Kommunen – richtigerweise - die Möglichkeit, auf ihre Wohnungsmarktsituation zu reagieren und marktgerechte Mietobergrenzen einzuführen[3].

In der Praxis sind die Angemessenheitskriterien weniger durch die Kommunen als durch die Rechtsprechung der Sozialgerichte bestimmt worden. Leitend ist hier zunächst das Urteil des Bundessozialgerichts vom 7. Nov. 2006, das folgende Beurteilungskriterien für die Unterkunftskosten festgelegt hat[4]:

- Die Angemessenheit muss im Einzelfall geprüft werden.
- Die Angemessenheit der Größe leitet sich aus den landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen über die Förderung des Sozialen Wohnungsbaus ab.
- Der angemessene Standard einer Unterkunft liegt im unteren Segment.
- Als Vergleichsmaßstab sind Standard und Preise in der konkreten Wohngemeinde heranzuziehen, da ein Umzug in eine andere Wohngemeinde im Regelfall nicht in Betracht kommt.

Die Angemessenheit der Kosten wird nach der „Produkttheorie" ermittelt. Bei dieser wird die Größe der Unterkunft (m²) in Verbindung mit dem Wohnstandard/Wohnlage (Preis/m²) betrachtet und nicht die einzelnen Faktoren isoliert voneinander. Bei günstigem Mietpreis je m² kann eine größere Unterkunft gewählt werden oder umgekehrt eine kleinere mit höherem Mietpreis.

Auch Wiesbaden verfährt nach den Grundsätzen der Produkttheorie.

Bei der Beurteilung der Angemessenheit der **Wohnungsgröße** gelten für Wiesbaden entsprechend den Belegungsrichtlinien im Sozialen Wohnungsbau für Hessen folgende Richtwerte:

---

[3] In der Neuordnung des Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und Änderung des Zweiten und Zwölften Sozialgesetzbuches geht der Gesetzgeber noch etwas weiter und ermöglicht es den Kommunen in § 22a per Satzung „Angemessenheitskriterien" zu definieren.

[4] Vgl. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2010): Kosten der Unterkunft und die Wohnungsmärkte. Forschungen Heft 142, S. 42 ff.

Einzelperson	bis 45 m² Wohnfläche
Zwei Personen	bis 60 m² Wohnfläche
Drei Personen	bis 72 m² Wohnfläche
Vier Personen	bis 84 m² Wohnfläche

zzgl. 12 m² Wohnfläche für jede weitere Person in der Bedarfsgemeinschaft.

Die „angemessenen" Kosten für die sog. **Nettokaltmiete je m²** (Kaltmiete ohne Betriebskosten) bestimmen sich nach dem Wiesbadener Mietspiegel in der jeweils gültigen Fassung. Als Referenzgröße dienen Wohnungen aus der Preisgruppe III (Baujahr 1980 bis 1993) – mittlere Wohnlage – mit Heizung und Bad. Aufgrund der Rechtsprechung des Hessischen Sozialgerichtes haben Empfänger von SGB II-Leistungen nicht automatisch Anspruch auf Neubauwohnungen (Gruppe IV im Mietspiegel).

Die im derzeit gültigen Wiesbadener Mietspiegel[5] ausgewiesene m²-Kaltmiete (ohne Betriebskosten) für Wohnungen mit Bad und Heizung der Preisgruppe III, mittlere Wohnlage, beträgt:

für Wohnungen unter 60 m²	8,02 € pro m²
für Wohnungen 60 bis 100 m²	6,97 € pro m²
für Wohnungen ab 100 m²	7,15 € pro m².

Für Teil- oder Vollmöblierung kann ein Aufschlag von bis zu 1 € je m² gewährt werden.

Die **Betriebskosten** gehören zur Kaltmiete und können von den Mietern kaum beeinflusst werden. Daher sind sie auch nicht Gegenstand der Rechtsprechung. Enthält der vereinbarte Mietzins keine Nebenkosten werden in Wiesbaden max. 2,00 € je m² anerkannt.

Die **Heizkosten** werden in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen erbracht, da ihre Höhe von dem Gebäudetyp, der Lage der Wohnung, Isolierung usw. abhängig ist. Bei pauschaler Abrechnung durch den Vermieter werden derzeit bis zu 1,40 € pro m² anerkannt.

Entspricht nun eine Wohnung hinsichtlich Wohnfläche und/oder Kaltmiete nicht den o. g. Standards der Angemessenheit, kommt die **Produkttheorie** zur Anwendung. Sie verlangt zur Beurteilung der Angemessenheit der Unterkunftskosten die Bildung des rechnerischen Produktes aus dem max. zulässigen Mietpreis je m² und der max. zulässigen Wohnfläche entsprechend der Personenzahl in der Bedarfsgemeinschaft. Der resultierende Wert bildet die Obergrenze der angemessenen Wohnkosten.

Nach der Produkttheorie ergeben sich derzeit für Wiesbaden folgende **Obergrenzen** bei den angemessenen Wohnungsgrundkosten pro Monat:

Einzelperson	45 m² Wohnfläche * 8,02 € pro m² = 360,90 € Nettokaltmiete*
Zwei Personen	60 m² Wohnfläche * 6,97 € pro m² = 418,20 € Nettokaltmiete*
Drei Personen	72 m² Wohnfläche * 6,97 € pro m² = 501,84 € Nettokaltmiete*
Vier Personen	84 m² Wohnfläche * 6,97 € pro m² = 585,48 € Nettokaltmiete*
Fünf Personen	96 m² Wohnfläche * 6,97 € pro m² = 669,12 € Nettokaltmiete*
Sechs Personen	108 m² Wohnfläche * 7,15 € pro m² = 772,20 € Nettokaltmiete*

*Nettokaltmiete = Kaltmiete ohne Betriebskosten

[5] 10. Fortschreibung, gültig 01.01.2009 bis 31.12.2011

Abweichende Obergrenzen werden im Einzelfall bei Wohnungen für Behinderte und bei Vermeidung von Wohnungslosigkeit bzw. drohender Hotelunterbringung akzeptiert. Außerdem wird bei der Beurteilung der Angemessenheit der Wohnkosten bei Wohneigentum anders - nämlich nach einer Rentabilitätsvergleichsrechnung – verfahren.

- **Verfahren bei nicht angemessenen Wohnkosten**

Werden die angemessenen Kosten der Unterkunft überschritten, wird die Bedarfsgemeinschaft zunächst angehört, in einem Beratungsgespräch werden Möglichkeiten aufgezeigt, eine Wohnung mit angemessenen Kosten zu finden (z. B. durch Aufnahme von Untermietern, Wohnungstausch bei sozialem Wohnungsbau, Bedarfsmeldung beim Wohnungsamt) und aufgefordert, diese zu suchen. Hierfür wird im Allgemeinen ein Zeitraum von 4 bis 5 Monaten eingeräumt. Kürzer fallen die Fristen bei Alleinstehenden aus und/oder wenn objektiv feststeht, dass in kürzerer Zeit eine angemessene Alternativwohnung gefunden werden kann.

Kommt die Bedarfsgemeinschaft der Aufforderung nicht nach, werden nach max. 6 Monaten nur noch die angemessenen Kosten der Unterkunft erstattet. Ausnahmefälle sind aber auch hier vorhanden, z. B. wenn ein Umzug aus gesundheitlichen Gründen derzeit nicht zumutbar ist.

Zwischen Juni 2009 und Juni 2010 wurden insgesamt von 371 Bedarfsgemeinschaften Kosten der Unterkunft beantragt, die die Angemessenheitsgrenzen überschritten haben. Gemessen an allen 5.887 Neuanträgen im gleichen Zeitraum entspricht dies einem Anteil von 6,3 %.

Von den 371 Überschreitungen der angemessenen Unterkunftskosten konnte in 106 Fällen die Überschreitung akzeptiert werden, weil sie nur geringfügig ausfiel und ein Umzug teurer gewesen wäre oder ein Umzug unter Würdigung des Einzelfalls nicht zumutbar erschien In 265 Fällen (4,5 % der Neuanträge) musste letztlich eine entsprechende Kürzung der KdU-Leistungen auf die Angemessenheitsgrenze vorgenommen werden, da der Leistungsberechtigte in der gewährten Frist von 4 bis 5 Monaten weder ausreichende Anstrengungen unternommen hat die KdU-Kosten durch Umzug oder Aufnahme eines Untermieters zu reduzieren noch hinreichende Gründe nachgewiesen wurden (s. o.) die Kostenüberschreitung in seinem Einzelfall zu legitimieren. In dem entsprechenden Kürzungsbescheid wird der SGB II-Leistungsberechtigte u. a. noch einmal auf den kommunalen Wohnungsservice verwiesen.

- **Fazit**

Die Angemessenheitsregelungen für die Übernahme der Kosten der Unterkunft im SGB II sind selbst für den teuren Wohnungsmarkt in Wiesbaden in der Regel ausreichend und können eingehalten werden. Die Angemessenheitsregelungen wirken angemessen reglementierend auf die Wohnflächenversorgung und Wohnkosten der Haushalte mit SGB II-Bezug.

2. Wohnsituation der Wiesbadener Haushalte mit SGB II-Bezug

Die Wohnsituation der Wiesbadener Haushalte mit SGB II-Bezug ist zunächst ein fiskalisches Thema: Die Stadt ist als SGB II-Träger gesetzlich verpflichtet darauf zu achten, dass die Kosten der Unterkunft - und damit auch die Wohnung - „angemessen" sind (vgl. Kapitel 1). Dies regelt nicht nur § 22 Abs. 1 Satz 1 SGB II, sondern ist auch der Solidargemeinschaft geschuldet, die letztendlich die Kosten zu tragen hat. Ferner mindern hohe Ausgaben für die Unterkunft die Chancen der Arbeitsuchenden ihr Leben ohne Existenzsicherungsleistungen des SGB II zu führen.

Zugleich ist die Wohnsituation der Haushalte mit SGB II-Bezug aber auch ein sozialpolitisches Thema, weil Wohnen eine wichtige Dimension der Lebenslage darstellt.

Die nachfolgende Darstellung stützt sich auf die prozessproduzierten Daten aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Im Rahmen der Leistungsgewährung werden allerdings nur Daten zur Wohnsituation erhoben, die zur Beurteilung der Angemessenheit der Kosten herangezogen werden, also „zahlungsrelevant" sind. Dazu gehören neben der Lage der Wohnung (Adresse), Wohnungsgrundkosten, Betriebskosten und Heizkosten, die Wohnungsgröße (m²) und das Wohnverhältnis.

- **Wohnverhältnis**

In Wiesbaden wohnten im Juni 2010 94,1 % der SGB II-Bedarfsgemeinschaften zur Miete, 0,1 % zur Untermiete und gerade einmal 0,9 % im Eigentum (Tabelle 1). Bei 4 % der Bedarfsgemeinschaften fielen keine Kosten der Unterkunft an, weil sie entweder wohnungs- bzw. obdachlos waren oder vorübergehend in einem anderen Haushalt mietfrei unterkamen, z. B. nach einer Trennung.

Die Wohneigentumsquote ist bei den Wiesbadener SGB II-Empfängern mit 1 % verschwindend gering. In der Wiesbadener Gesamtbevölkerung leben 21,6 % der Haushalte im Eigentum, von den Haushalten mit Kindern 26,9 %[6].

Die geringe Eigentümerquote unter den SGB II-Beziehern ist nicht untypisch für Haushalte ohne existenzsicherndes Einkommen. In Frankfurt beispielsweise liegt die Eigentümerquote unter den Haushalten mit SGB II-Bezug auch bei 0,9 %, in Darmstadt bei 1,5 %, Mainz 1,9 % und Offenbach 1,6 %. Sie zeigt aber auch, dass die heutigen Haushalte mit SGB II-Leistungsbezug schon vor den Zeiten der Arbeitslosigkeit bzw. materiellen Hilfebedürftigkeit keine hinreichenden Mittel zum Immobilienerwerb hatten.

[6] „Monitoring zum Wiesbadener Wohnungsmarkt 2009" des Amtes für Strategische Steuerung, Statistik und Stadtforschung 2010.

Tabelle 1: Wohnverhältnis der Wiesbadener Bedarfsgemeinschaften nach Haushaltstyp im Juni 2010

Haushaltstyp	Wohnverhältnis										Insgesamt	
	Miete		Eigentum		Mietfrei		Untermiete		ohne Angabe			
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Alleinstehende	7.251	90,4%	77	1,0%	562	7,0%	17	0,2%	113	1,4%	8.020	100,0%
Mehrere Erwachsene ohne Kinder	1.492	98,1%	12	0,8%	17	1,1%	.	.	.	.	1.521	100,0%
Mehre Erwachsene mit Kindern	2.954	98,5%	34	1,1%	9	0,3%	.	.	.	.	2.999	100,0%
Alleinerziehende	3.093	97,7%	17	0,5%	44	1,4%	.	.	11	0,3%	3.167	100,0%
Bedarfsgemeinschaften insg.	**14.866**	**94,1%**	**142**	**0,9%**	**636**	**4,0%**	**19**	**0,1%**	**127**	**0,8%**	**15.790**	**100,0%**

. < 3 Fälle; aus Gründen der Geheimhaltung unterdrückt

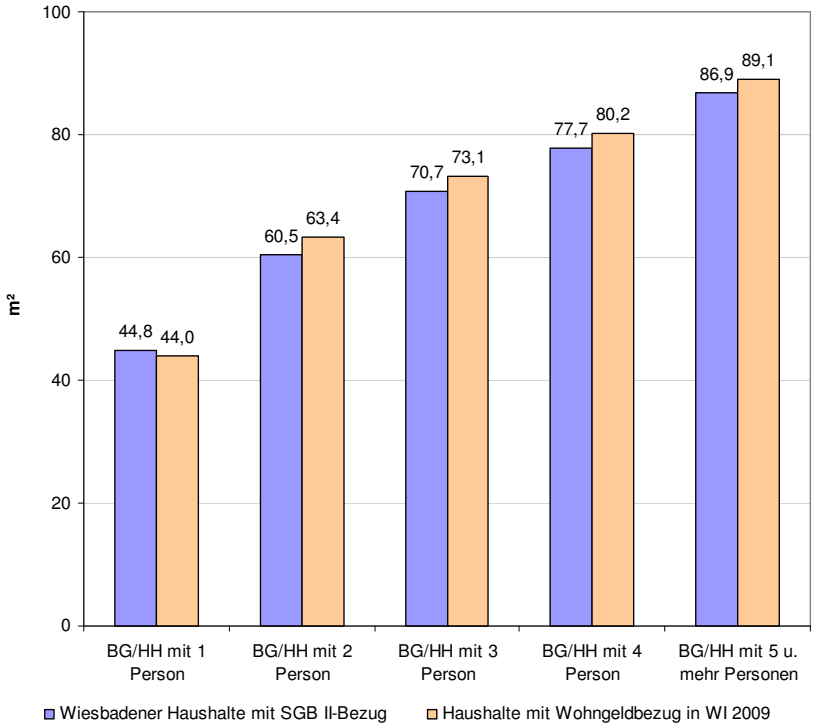
Quelle: Amt für Soziale Arbeit, Auswertungen aus OPEN/Prosoz

- **Wohnflächenausstattung**

Wiesbadener Haushalten mit SGB II-Bezug stehen durchschnittlich 57,7 m² Wohnfläche zur Verfügung. Aber natürlich hängt die zur Verfügung stehende Wohnfläche vor allem von der Zahl der Personen in der Bedarfsgemeinschaft ab: Während Bedarfsgemeinschaften mit zwei Personen auf rd. 60 m² wohnen, stehen Bedarfsgemeinschaften mit 5 und mehr Personen im Durchschnitt 87 m² zur Verfügung (Abbildung 1).

Leider kann die durchschnittliche Wohnfläche von SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit einer Person nicht wirklich valide angegeben werden. Hier tritt das „datentechnische“ Problem der erwachsenen Kinder auf, die noch im elterlichen Haushalt leben: Mit Erreichen des 25. Lebensjahres bilden sie eine eigene Bedarfsgemeinschaft, der allerdings noch die Wohnfläche des gesamten Haushaltes zugewiesen wird. Dies führt zu einer signifikanten Überschätzung der zur Verfügung stehenden Wohnfläche. So verfügen Wiesbadener Bedarfsgemeinschaften mit einer Person, die in einer eigenen Wohnung leben, im Durchschnitt über 38 m², während der rechnerische Durchschnittswert über alle SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit 1 Person bei 45 m² liegt. Dies ist bei der weiteren Interpretation der Daten zur Wohnflächenausstattung zu berücksichtigen.

Abbildung 1: Durchschnittliche Wohnflächenausstattung der Wiesbadener Haushalte mit SGB II-Bezug und Wohngeld



Anmerkung: Die durchschnittliche Wohnfläche von Bedarfsgemeinschaften mit einer Person wird im SGB II aufgrund datentechnischer Probleme überschätzt.

Quelle: Wiesbaden: Amt für Soziale Arbeit, Auswertungen aus OPEN, Stand Juni 2010
Hessen: Wohngeldstatistik, Stand 31.12.2009

Im Vergleich zu anderen Wiesbadener Haushalten leben SGB II-Bedarfsgemeinschaften in kleinen Wohnungen. So ist die Wohnflächenausstattung der Haushalte mit SGB II-Bezug im Schnitt noch etwas geringer als die von Wohngeldbeziehern, die sich als Personengruppe mit ebenfalls niedrigem Haushaltsbudget im gleichen Wohnungsmarktsegment versorgen (Abbildung 1).

Wie klein die Wohnungen von SGB II-Leistungsberechtigten sind, wird richtig deutlich, wenn man die Wohnungsgrößen der Haushalte mit SGB II-Bezug denen aller Wiesbadener Haushalte gegenüberstellt (Tabelle 2). Da allerdings keine aktuelle Daten zur Wohnsituation auf der Ebene von Kreisen/kreisfreien Städten vorliegen, geht das nur mit einem methodischem „Kniff“: Dazu werden in Tabelle 2 die Abweichungen von der sog. SOLL-Versorgung, die sich aus den Belegungsrichtlinien des Sozialen Wohnungsbaus in Hessen (vgl. Kapitel 1) und der Haushaltsgrößenstruktur auf der Ebene der Stadtteile ergeben, und der tatsächlich vorhandenen Wohnfläche (IST-Ausstattung) ausgewiesen. Berechnet wird die durchschnittliche Zahl an m² Wohnfläche, die einer Bedarfsgemeinschaft bzw. einem Haushalt im Vergleich zur SOLL-Versorgung mehr („+“) oder weniger („-“) zur Verfügung stehen.

Tabelle 2: Vergleich der Wohnflächenausstattung von Haushalten mit SGB II-Bezug zu allen Wiesbadener Haushalten im IST-SOLL-Vergleich

Durchschnittliche Abweichung pro Bedarfsgemeinschaft bzw. Haushalt von der SOLL-Flächenausstattung in m² gem. Wohnraumförderungsgesetz		
Stadtteil	Haushalte mit SGB II-Bezug Jun 2010	Wiesbadener Haushalte insg. Dez 2009
Wiesbaden insg.	**- 4,7 m²**	**+ 12,8 m²**
Bergkirchenviertel	- 5,0 m²	- 3,1 m²
Schelmengraben	- 5,2 m²	- 1,0 m²
Sauerland / Belzbachtal	- 3,7 m²	- 0,7 m²
Bleichstr. / Rheinstr.	- 5,0 m²	- 0,6 m²
Amöneburg	- 5,0 m²	+ 1,5 m²
Europaviertel, Künstlerviertel	- 5,8 m²	+ 3,8 m²
Dostojewskistr. / Waldstr.	- 4,9 m²	+ 4,7 m²
Klarenthal	- 4,3 m²	+ 6,7 m²
Gräselberg	- 5,3 m²	+ 6,7 m²
Westend	- 3,9 m²	+ 7,0 m²
Erbenheim-Hochfeld	- 7,3 m²	+ 7,0 m²
Hollerborn, Daimlerstraße, Wellritztal	- 6,0 m²	+ 7,7 m²
Biebrich, Gibb, Kalle	- 4,8 m²	+ 7,7 m²
Kastel/Kostheim-Neubaugebiete	- 5,0 m²	+ 7,8 m²
Kastel-alt	- 6,3 m²	+ 9,2 m²
Kostheim-alt	- 6,9 m²	+ 9,2 m²
Rheingauviertel	- 5,7 m²	+ 12,0 m²
Zentrum	- 1,0 m²	+ 12,1 m²
Erbenheim-Rest	- 2,3 m²	+ 12,2 m²
Parkfeld, Rosenfeld	- 4,7 m²	+ 12,9 m²
Adolfsallee, Luxemburgpl.	- 3,9 m²	+ 13,0 m²
Hasengartenstr., Friedenstr.	- 6,6 m²	+ 14,7 m²
Schierstein	- 3,8 m²	+ 14,7 m²
Dotzh. alt / Kohlheck / Holzstr.	- 4,3 m²	+ 16,8 m²
Bierstadt	- 5,1 m²	+ 19,6 m²
Dichterv. / Biebr. Allee	- 2,6 m²	+ 21,5 m²
Siedlungen Dotzheim	- 0,7 m²	+ 23,3 m²
Biebrich-Siedlungen	- 6,2 m²	+ 24,0 m²
Nordenstadt	- 3,8 m²	+ 29,0 m²
Delkenheim	- 3,5 m²	+ 29,6 m²
City-Ost / Nord-Ost	- 4,9 m²	+ 30,5 m²
Igstadt / Naurod	- 2,2 m²	+ 37,8 m²
Frauenstein	- 0,1 m²	+ 37,9 m²
Sonnenberg, Rambach	- 2,0 m²	+ 42,5 m²

Quellen:
Haushalte mit SGB II-Bezug: eigene Berechnungen
Haushalte insgesamt: Siedlungsmonitoring des Amtes für Strategische Steuerung, Statistik und Stadtforschung Dez. 2009

Die Wiesbadener Haushalte mit SGB II-Bezug haben im Durchschnitt 4,7 m² weniger Wohnfläche zur Verfügung als es den Belegungsrichtlinien im Sozialen Wohnungsbaus Hessen – und damit auch den Angemessenheitskriterien - entspricht. Dies dürfte sowohl Folge einer Selbstbeschränkung bei geringem Haushaltsbudget sein als auch den hohen Quadratmeterpreisen in Wiesbaden geschuldet sein.

Im Gegensatz dazu verfügt der „Wiesbadener Durchschnitts-Haushalt“ (einschl. der SGB II-Bezieher) über 12,8 m² mehr Wohnfläche als es Mietern im Sozialen Wohnungsbau zugestanden wird. Die Differenz in der Wohnflächenausstattung zwischen Haushalten mit SGB II-Bezug vs. allen Haushalten liegt bei 17,5 m² und entspricht damit etwas mehr als der Größe eines Zimmers.

Besonders gering ist die Wohnflächenausstattung der Haushalte mit SGB II-Bezug im Hochfeld/Erbenheim (-7,3 m² pro BG), Kostheim-alt (-6,9 m² pro BG) sowie der Hasengartenstr./Friedensstraße (-6,6 m² pro BG). Im Hochfeld kommen zwei Effekte zusammen: Kleinere Wohnungen aus den 50/60er Jahren sowie ein besonders hoher Anteil an großen Bedarfsgemeinschaften (5 und mehr Personen), die in 4-Zimmer-Wohnungen leben. Auch die Kostheimer Sozialwohnungen und die Siedlung Weidenborn sind mit einem Standard gebaut worden, der kleinere Zimmer als heute vorsah.

- **Fazit**

Wiesbadener Haushalte mit SGB II-Bezug verfügen über wenig Wohnfläche. Ihre Wohnflächenausstattung bleibt im Durchschnitt um knapp 5 m² hinter den Belegungsrichtlinien des Sozialen Wohnungsbaus zurück.

3. Wohnkosten und Leistungen für Kosten der Unterkunft der Wiesbadener Haushalte mit SGB II-Bezug

- **Vorbemerkung**

Die „Kosten der Unterkunft und Heizung“ beinhalten in der Grundsicherung für Arbeitsuchende die anerkannten Wohnungsgrundkosten, Betriebskosten und Heizkosten. Spricht man nur von „Kosten der Unterkunft“, so sind damit die Wohnungsgrundkosten und Betriebskosten gemeint. Der Begriff der Wohnungsgrundkosten entspricht der „Nettokaltmiete“.

Bei der Beschäftigung mit den Wohnkosten von SGB II-Empfängern sind grundsätzlich folgende Sachverhalte zu beachten:

1. Erstattet werden im SGB II nicht „tatsächliche“ Kosten, sondern nur „angemessene Kosten“ (vgl. Kapitel 1). Im nachfolgenden werden auch immer nur die „erstattungsfähigen“ also „angemessenen“ Kosten berichtet.

2. Es ist grundsätzlich zu unterscheiden zwischen
   - den *„Kosten der Unterkunft“* und den
   - „*Leistungen für Kosten der Unterkunft“*.

   Im SGB II gilt - wie auch in anderen Transfersystemen -, dass zunächst die eigenen finanziellen Mittel eingesetzt werden müssen, bevor Hilfen aus der Grundsicherung gewährt werden. Das bedeutet, dass etwaig vorhandenes Einkommen einer Bedarfsgemeinschaft auf den Bedarf angerechnet wird. Das Einkommen mindert gem. § 19 SGB II zunächst die Bundesleistungen. Übersteigt das Einkommen die Höhe des vom Bund finanzierten Bedarfs, so mindert es anschließend die Kosten der Unterkunft.

3. Nicht alle Haushaltsmitglieder müssen zur Bedarfsgemeinschaft gehören. In diesem Fall werden die Wohnkosten proportional auf die Haushaltsmitglieder aufgeteilt und anschließend anteilsmäßig für die Bedarfsgemeinschaft errechnet. Analog wird verfahren, wenn zwei Bedarfsgemeinschaften in einem Haushalt leben.

- **Kosten der Unterkunft bzw. Wohnkosten der Haushalte mit SGB II-Bezug**

Im Folgenden wird zunächst auf die Wohnkosten (Kaltmiete und Heizkosten) der Haushalte mit SGB II-Bezug eingegangen. Die Wohnkosten stehen für das Mietpreisniveau der Wohnungen, in denen die SGB II-Empfänger/innen leben[7].

Im Durchschnitt betrugen im Juni 2010 die Wohnkosten der Haushalte mit SGB II-Bezug

- 420 € für die Kaltmiete einschl. Betriebskosten und
- 58 € für die Heizkosten (ohne Kosten für Warmwasseraufbereitung).

[7] Im Folgenden wird vereinfacht von „Mietpreisniveau“ bzw. „Kaltmiete“ gesprochen, auch wenn 1 % der Bedarfsgemeinschaft im Eigentum leben.

Pro m² entspricht dies einer Bruttokaltmiete von 7,99 € und Heizkosten von 1,10 € je m².

Natürlich variieren aber die Wohnkosten in Abhängigkeit von der Größe der Bedarfsgemeinschaft bzw. dem Haushaltstyp. Die höchsten m²-Mieten werden von Alleinstehenden, also für kleine Wohnungen gezahlt, die niedrigsten Mieten für Wohnungen um die 60 m², die von SGB II-Haushalten mit 2 Personen bewohnt werden bzw. für die ganz großen Wohnungen um die 100 m². Es fällt allerdings auf, dass in Wiesbaden die Degression des m²-Mietpreises mit steigender m²-Zahl nicht sonderlich ausgeprägt ist, also auch die großen Wohnungen teuer sind.

Tabelle 3: Anerkannte Wohnkosten pro Monat und je m² der Wiesbadener Haushalte mit SGB II-Bezug im Juni 2010

Zahl der Personen in der Bedarfsgemein-schaft	Wohnkosten je m²		Wohnkosten pro Monat		zulässige Höchstwerte[3]	
	Kaltmiete (einschl. Betriebs-kosten)[2]	Heizkosten[2]	Kaltmiete (einschl. Betriebs-kosten)[1]	Heizkosten[1]	Kaltmiete (einschl. Betriebs-kosten)	Heizkosten
	€ je m²	€ je m²	€	€	€	€ je m²
SGB II-Bedarfsgemein-schaften insg.	7,99 €	1,10 €	420 €	58,32 €	-	-
BG mit 1 Person	8,08 €	1,11 €	311 €	43,12 €	451 €	63,00 €
BG mit 2 Personen	7,88 €	1,10 €	457 €	64,39 €	538 €	84,00 €
BG mit 3 Personen	7,93 €	1,08 €	543 €	74,99 €	646 €	100,80 €
BG mit 4 Personen	7,90 €	1,09 €	603 €	82,66 €	753 €	117,60 €
BG mit 5 u. mehr Personen	7,86 €	1,09 €	672 €	92,58 €	861 €	134,40 €

1) bezogen auf alle BG mit Leistungsanspruch im Juni 2010
2) nur Wohnkosten für BG mit Angaben zur Wohnungsgröße
3) entsprechend den gültigen Kriterien zur Angemessenheit im Juni 2010

Quelle: Amt für Soziale Arbeit, Auswertungen aus OPEN/Prosoz

Wie ist ein Mietpreis zwischen 7,86 € und 8,08 € pro m² einzuordnen? Als Vergleich können unterschiedliche Maßstäbe herangezogen werden:

1. der Wiesbadener Mietspiegel sowie
2. interkommunale Vergleichsdaten der Wohnkosten von SGB II-Empfängern (vgl. Kapitel 4).

Der **Wiesbadener Mietspiegel** weist die Netto-Kaltmieten pro m² aus, bei der die Betriebskosten unberücksichtigt bleiben. Um eine Vergleichbarkeit zu den Kosten der Unterkunft der SGB II-Empfänger herzustellen, wurden die Netto-Kaltmieten auf eine Brutto-Kaltmiete umgerechnet. Dabei wurden Betriebskosten in Höhe von 1,60 € pro m² unterstellt. Dies entspricht den durchschnittlichen Betriebskosten der Wohnungen der SGB II-Bezieher (Tabelle 4).

Tabelle 4: Netto-Kaltmiete je m² aus dem Wiesbadener Mietspiegel und Hochrechnung auf die Brutto-Kaltmiete je m²

Mietspiegel 10. Fortschreibung: gültig 01.01.2009 bis 31.12.2011 **Angabe in €**		**Gruppe I** Baujahr der Wohnungen bis 31.12.1960				**Gruppe II** Baujahr der Wohnungen vom 01.01.1961 bis 31.12.1979			
		Wohnlage				Wohnlage			
		einfach	mittel	gut	sehr gut	einfach	mittel	gut	sehr gut
A) Wohnungen bis unter 60 m² mit Heizung und Bad	Netto-Kaltmiete	**6,90 €**	**7,56 €**	**8,01 €**	**8,80 €**	**7,38 €**	**7,38 €**	**7,65 €**	**8,86 €**
	Brutto-Kaltmiete[1]	8,50 €	9,16 €	9,61 €	10,40 €	8,98 €	8,98 €	9,25 €	10,46 €
B) Wohnung um 80 m² mit Heizung und Bad	Netto-Kaltmiete	**6,15 €**	**6,79 €**	**7,60 €**	**8,38 €**	**6,70 €**	**6,97 €**	**7,42 €**	**8,31 €**
	Brutto-Kaltmiete[1]	7,75 €	8,39 €	9,20 €	9,98 €	8,30 €	8,57 €	9,02 €	9,91 €
C) Wohnungen ab 100 m² mit Heizung und Bad	Netto-Kaltmiete	**5,65 €**	**6,34 €**	**7,57 €**	**8,33 €**	**-**	**6,91 €**	**8,22 €**	**8,62 €**
	Brutto-Kaltmiete[1]	7,25 €	7,94 €	9,17 €	9,93 €		8,51 €	9,82 €	10,22 €

Mietspiegel 10. Fortschreibung: gültig 01.01.2009 bis 31.12.2011 **Angabe in €**		**Gruppe III** Baujahr der Wohnungen vom 01.01.1980 bis 31.12.1993				**Gruppe VI** Baujahr der Wohnungen ab dem 01.01.1994			
		Wohnlage				Wohlage			
		einfach	mittel	gut	sehr gut	einfach	mittel	gut	sehr gut
A) Wohnungen bis unter 60 m² mit Heizung und Bad	Netto-Kaltmiete	**-**	**8,02 €**	**8,81 €**	**9,27 €**	**-**	**8,21 €**	**9,01 €**	**9,80 €**
	Brutto-Kaltmiete[1]	**-**	9,62 €	10,41 €	10,87 €	**-**	9,81 €	10,61 €	11,40 €
B) Wohnung um 80 m² mit Heizung und Bad	Netto-Kaltmiete	**-**	**6,97 €**	**8,05 €**	**9,42 €**	**-**	**7,72 €**	**8,48 €**	**9,43 €**
	Brutto-Kaltmiete[1]	**-**	8,57 €	9,65 €	11,02 €	**-**	9,32 €	10,08 €	11,03 €
C) Wohnungen ab 100 m² mit Heizung und Bad	Netto-Kaltmiete	**-**	**7,15 €**	**8,31 €**	**9,82 €**	**-**	**8,08 €**	**9,10 €**	**9,31 €**
	Brutto-Kaltmiete[1]	**-**	8,75 €	9,91 €	11,42 €	**-**	9,68 €	10,70 €	10,91 €

Netto-Kaltmiete = Kaltmiete ohne Betriebskosten; Angaben lt. Mietspiegel

Brutto-Kaltmiete (berechnet) = Kaltmiete mit Betriebskosten. Unterstellt wurden Betriebskosten in Höhe von 1,60 € je m². Dies entspricht dem empirischen Wert der Haushalte mit SGB II-Bezug.

Quelle: Wiesbadener Mietspiegel gültig 01.10.2009 bis 31.12.2011; eigene Berechnungen

Die durchschnittliche Kaltmiete (einschl. Betriebskosten) von 8,08 € je m² von allein stehenden SGB II-Bezieher/innen liegt um 1,54 € je m² niedriger als der Richtwert im Mietpreisspiegel für Wohnungen unter 60 m² der Baugruppe III mit mittlerer Wohnlage, die seitens des Wiesbadener Sozialgerichtes als „angemessen“ erachtet worden sind. Der tatsächliche Mietpreis liegt sogar noch 0,48 € je m² unter dem Mietspiegelpreis für Altbauwohnungen in einfacher Lage. Die m²-Kaltmiete von Bedarfsgemeinschaften mit einer Person wird allerdings durch die 25-Jährigen und älteren Kinder verfälscht, die noch im elterlichen Haushalt leben. Da mit steigender Wohnfläche der m²-Preis sinkt, spiegelt der m²-Mietpreis zwar die Wohnkosten dieser Bedarfsgemeinschaften wider, nicht aber den m²-Mietpreis kleinerer Wohnungen am Wiesbadener Wohnungsmarkt.

Bei den SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit 4 Personen, für die eine Wohnfläche von 84 m² als angemessen eingestuft wird, und die daher im Mietspiegel in die Kategorie B „Wohnungen um 80 m²“ fallen, liegt der m²-Mietpreis bei 7,90 € inkl. Nebenkosten. Diese

Kaltmiete bleibt um 0,67 € je m² hinter dem Richtwert im Mietspiegel der Baugruppe III mittlerer Wohnlage zurück.

Bedarfsgemeinschaften mit fünf und mehr Personen, also Familien mit 3 und mehr Kindern mit SGB II-Bezug, zahlen in Wiesbaden eine durchschnittliche Kaltmiete (einschl. Nebenkosten) von 7,86 € je m². Laut Wiesbadener Mietspiegel sind für Wohnungen um die 100 m², Baujahr 1980 bis 1993, im Schnitt 8,75 € zu zahlen. Das bedeutet, dass auch SGB II beziehende Familien in Wiesbaden vergleichsweise kostengünstig wohnen, nämlich 0,89 € weniger Kaltmiete je m² zahlen, als es den üblichen Wohnungsmarktverhältnissen entspricht. Auch sie leben also in preisgebundenem Wohnraum und/oder älteren Wohnungen und/oder in einfacher Lage.

- **Leistungen für Kosten der Unterkunft und Heizung an Haushalte mit SGB II-Bezug**

Die anerkannten Wohnkosten von Bedarfsgemeinschaften sind nicht mit den tatsächlichen *Leistungen für Unterkunft und Heizung* gleichzusetzen. Sind in einer Bedarfsgemeinschaft Einkünfte vorhanden, so sind diese mit dem Bedarf zu verrechnen. Die gesetzliche Anrechnungsreihenfolge nach § 19 SGB II sieht vor, dass Einkommen zunächst die Bundesleistungen (Arbeitslosengeld, Sozialgeld, Mehrbedarf, Einmalleistungen usw.) mindert, und erst danach auf die kommunalen Leistungen, darunter die Kosten der Unterkunft, angerechnet wird. In den Fällen, in denen das Einkommen den Bedarf an den Leistungen zum Lebensunterhalt übersteigt, mindern die Einkünfte auch die Wohnkosten. Aus diesem Grund sind die durchschnittlichen Leistungen für Unterkunft und Heizung immer niedriger als die durchschnittlichen anerkannten Wohnkosten.

Die Differenz zwischen den anerkannten Kosten und den Leistungen für Unterkunft und Heizung zeigt Tabelle 5 auf.

Tabelle 5: Anerkannte Wohnkosten und Leistungen für Unterkunft und Heizung im Juni 2010

Zahl der Personen in der Bedarfsgemein-schaft	Anerkannte Wohnkosten pro Monat		Leistungen für Kosten der Unterkunf und Heizung pro Monat	Differenz KdU-Leistungen und anerkannte Wohnkosten
	Kaltmiete (einschl. Betriebs-kosten)[1]	Heizkosten[1]		
	€	€	€	€
SGB II-Bedarfsgemein-schaften insg.	420 €	58,32 €	415 €	-64 €
BG mit 1 Person	311 €	43,12 €	332 €	-22 €
BG mit 2 Personen	457 €	64,39 €	433 €	-89 €
BG mit 3 Personen	543 €	74,99 €	495 €	-123 €
BG mit 4 Personen	603 €	82,66 €	562 €	-123 €
BG mit 5 u. mehr Personen	672 €	92,58 €	645 €	-120 €

1) bezogen auf alle BG mit Leistungsanspruch im Juni 2010

Quelle: Wiesbaden: Amt für Soziale Arbeit, Geschäftsstatistik SGB II

In Wiesbaden wurden im Juni 2010 im Durchschnitt pro Bedarfsgemeinschaft und Monat 415 € Leistungen für Unterkunft und Heizung gewährt. Die anerkannten Wohnkosten betrugen allerdings 478,32 € pro Bedarfsgemeinschaft und Monat, d. h. rd. 64 € der gesamten Wohnkosten wurde über eigene Einkünfte gedeckt. Je größer die Bedarfsgemeinschaft, desto höher fällt in Wiesbaden auch der „eigene Deckungsbeitrag" aus[8].

12,1 % der Wiesbadener SGB II-Bedarfsgemeinschaften beziehen ausschließlich Leistungen für Kosten der Unterkunft und Heizung, d. h. sie können ihren Lebensunterhalt aus dem eigenen Einkommen decken, nicht aber die Wohnkosten (Tabelle 6). Am höchsten ist dieser Anteil bei den Bedarfsgemeinschaften mit 2 Personen (14 %), am geringsten bei den großen Haushalten mit fünf und mehr Personen (6,4 %, s. Fußnote 8).

Wenn man nun gedanklich unterstellt, dass Haushaltseinkommen im Niedrigeinkommensbereich linear verteilt wäre, dann lässt sich auf der Basis der Verteilung der Höhen der Leistungen für Unterkunft und Heizung abschätzen, wie viele Wiesbadener Haushalte neu SGB II-Leistungen in Anspruch nehmen müssten, wenn die Wohnkosten weiter anstiegen.

Tabelle 6: Bedarfsgemeinschaften mit ausschließlich Leistungen der Unterkunft und Perzentile zu den Leistungshöhen nach Größe der Bedarfsgemeinschaft im Juni 2010

		Bedarfsgemeinschaften mit … Personen					BG insg.
		1	2	3	4	5 u. mehr	
Bedarfsgemeinschaften insg.		8.089	3.151	2.138	1.453	959	15.790
BG mit ausschl. KdU-Leistungen		982	441	274	159	61	1.917
Anteil der BG mit ausschließl. KdU-Leistungen		12,1%	14,0%	12,8%	10,9%	6,4%	12,1%
Perzentile KdU-Leistung	10%	87,58 €	86,07 €	116,10 €	102,60 €	67,42 €	90,38 €
	20%	129,34 €	140,66 €	159,30 €	159,80 €	124,34 €	138,10 €
	30%	158,50 €	198,06 €	210,07 €	206,13 €	202,46 €	174,27 €
	40%	189,05 €	230,53 €	246,92 €	265,69 €	265,80 €	214,22 €
	50%	230,45 €	265,84 €	286,97 €	299,86 €	314,13 €	252,98 €
	60%	265,03 €	309,03 €	337,15 €	340,52 €	359,97 €	292,80 €
	70%	301,41 €	345,92 €	381,55 €	381,26 €	403,99 €	336,78 €
	80%	357,51 €	404,22 €	431,89 €	435,02 €	450,42 €	390,99 €
	90%	421,41 €	480,63 €	491,06 €	491,46 €	537,81 €	458,84 €

Lesebeispiel: Ein Anstieg der monatlichen Wohnkosten (Kaltmiete und Heizung) bei 1-Personen-Haushalten um 87 € würde bedeuten, dass 119 (=982*0,121) Wiesbadener Haushalte neu SGB II-Leistungen beanspruchen müssten.

Quelle: Amt für Soziale Arbeit; Auswertungen aus OPEN/Prosoz

Dazu weist Tabelle 6 die Perzentile nach der Größe der Bedarfsgemeinschaft aus. Die Perzentile teilen die Leistungshöhen in 10 gleich große Teile auf. Das 10% Perzentil gibt

[8] Dies mag auf den ersten Blick so aussehen als ob größere Bedarfsgemeinschaften über mehr Einkommen verfügen würden als kleinere. Dabei ist aber zur berücksichtigen, dass kleinere Bedarfsgemeinschaften einen niedrigeren Bedarf haben, d.h. bei der Erzielung von Einkommen schon früher die Hilfebedürftigkeit überwinden.

beispielsweise an, wie hoch die Leistungen für Unterkunft und Heizung für die 10 % Bedarfsgemeinschaften sind, die die niedrigsten Leistungen für Unterkunft und Heizung erhalten. In der Empirie bedeutet das (Tabelle 6): 10 % der Bedarfsgemeinschaften erhalten Leistungen für Kosten der Unterkunft und Heizung in Höhe von bis zu 90,38 €, weitere 10 % in einer Höhe zwischen 90,39 € und 138,10 €, usw.

Bei einer linearen Einkommensverteilung in der Wiesbadener Bevölkerung würde dies bedeuten, dass bei einem durchschnittlichen Anstieg der monatlichen Wohnkosten (Kaltmiete und Heizung) um 90 € geschätzte 232 (=1.917*0,121) Wiesbadener Haushalte neu SGB II-Leistungen beanspruchen müssten.

Diese Perspektive soll verdeutlichen, dass jeder € an Wohnkosten, der aufgrund steigender Kaltmieten oder Heizkosten ausgegeben werden muss, dazu führt, dass Haushalte neu SGB II-Leistungen beantragen müssen. Wie der interkommunale Vergleich im nächsten Kapitel noch zeigen wird, sind die Wohnkosten in Wiesbaden ein Treiber für die hohen SGB II-Dichten in der Bevölkerung.

- **Fazit**

Die durchschnittliche Nettokaltmiete der Haushalte mit SGB II-Bezug liegt auf einem Niveau, das Altbauwohnungen bzw. Wohnungen in einfacher Lage entspricht. Der Anteil der Haushalte, die über ausreichend Mittel verfügen, um ihren täglichen Bedarf zu decken, deren Einkommen aber nicht ausreicht um die Wohnkosten zu bezahlen, liegt in Wiesbaden bei immerhin 12,1 %. Jeder € mehr an Wohnkosten lässt die Fallzahlen im SGB II steigen.

4. Interkommunaler Vergleich der Wohnkosten und Wohnsituation

Im Hinblick auf die Frage, wie die Wohnkosten der Wiesbadener Haushalte mit SGB II-Bezug zu bewerten sind, helfen interkommunale Vergleichsdaten weiter (Tabelle 7). Vergleichsmaßstab bilden im Folgenden die Wohnkosten anderer Städte im Rhein-Main-Gebiet, nämlich Frankfurt, Darmstadt, Offenbach und Mainz.

1. Die durchschnittlichen Wohnkosten liegen in Wiesbaden fast durchweg höher als in den anderen Städten des Rhein-Main-Gebietes: Während in Wiesbaden die Warmmiete der Haushalte mit SGB II-Bezug bei 9,13 € liegt, ist sie in Darmstadt und Offenbach um ca. 1 € je m² niedriger. Auch in Mainz sind die Wohnkosten für SGB II-Bezieher/innen mit 0,70 € je m² noch günstiger als in der hessischen Landeshauptstadt.

   In Frankfurt liegen die m²-Kosten bei 1-Personen-BG's höher als in Wiesbaden (+ 0,36 €), bei den größeren Haushalten fallen jedoch auch in Frankfurt zwischen 0,13 € und 0,60 € weniger Kosten pro m² an als in der hessischen Landeshauptstadt.

   Die höheren Kosten für Unterkunft und Heizung, insbesondere für Bedarfsgemeinschaften mit 3 und mehr Personen, sind in Wiesbaden im Vergleich zu Frankfurt sicherlich zum einen durch den immer geringer werdenden Bestand an Sozialwohnungen begründet: Während Frankfurt noch 8,9 % der Wohnungen in der Sozialbindung hält, sind es in Wiesbaden nur noch 7,7 % mit rasch abnehmender Tendenz. Zum anderen hat Wiesbaden in den letzten Jahren seinen Wohnungsbestand nur geringfügig erweitert: Im Zeitraum 2003 bis 2008 (neuere Zahlen liegen noch nicht vor) ist in Wiesbaden die Zahl der Wohnungen um 1,6 % gestiegen, in Frankfurt dagegen um 3,1 %. Damit korrespondiert die geringe mittlere Bauintensität der letzten 5 Jahre in Wiesbaden (3,6 neue Wohnungen je 1.000 im Bestand), während in Frankfurt 5,9 neue Wohnungen je 1.000 im Bestand gebaut wurden[9]. Hinzu kommt, dass die Neubautätigkeit in Wiesbaden in den vergangenen Jahren schwerpunktmäßig im Marktsegment der Ein- und Zweifamilienhäuser sowie Eigentumswohnungen - und nicht im Geschosswohnungsbau oder gar dem klassisch geförderten Wohnungsbau - stattfand. Das Angebot im Segment des preiswerten Wohnraums wurde in Wiesbaden also nicht ausgeweitet, was sich dann auch im interkommunalen Vergleich in den höheren Bestandsmieten niederschlagen dürfte[10].

2. Die Differenz zwischen den Leistungen für Kosten der Unterkunft und den tatsächlichen anerkannten Wohnkosten ist in Wiesbaden am höchsten. Der Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit anrechenbaren Einkünften, wie auch die Höhe des anrechenbaren Einkommens, ist in Wiesbaden also höher als in den anderen Städten des Rhein-Main-Gebietes.

[9] Vgl. Tabellenteil im Monitoring zum Wiesbadener Wohnungsmarkt 2009 des Amtes für Strategische Steuerung, Statistik und Stadtforschung 2010.

[10] Vgl. Bericht 2010 zum Wiesbadener Wohnraumversorgungskonzept des Amtes für Soziale Arbeit

Tabelle 7: Kennzahlen zu den Wohnkosten und zur Wohnsituation im interkommunalen Vergleich

Kennzahlen	Wiesbaden	Frankfurt	Darmstadt	Offenbach	Mainz
Durchschnittliche anerkannte Kosten der Unterkunft im Mai 2010 je qm (1)					
Bedarfsgemeinschaften insg.	9,13 €	9,06 €	8,19 €	8,13 €	8,43 €
BG mit 1 Person	9,26 €	9,62 €	8,00 €	7,89 €	8,76 €
BG mit 2 Personen	9,08 €	8,95 €	8,09 €	8,07 €	8,34 €
BG mit 3 Personen	8,98 €	8,74 €	8,28 €	8,13 €	8,36 €
BG mit 4 Personen	9,01 €	8,72 €	8,31 €	8,28 €	8,18 €
BG mit 5 u. mehr Personen	9,05 €	8,45 €	8,53 €	8,44 €	8,18 €
(1) Es werden ausschließlich BG berücksichtigt, die über lfd. Kosten der Unterkunft und die über Angaben zur Wohnfläche verfügen.					
Durchschnittliche anerkannte Kosten der Unterkunft im Mai 2010 je Bedarfsgemeinschaft (2)					
Bedarfsgemeinschaften insg.	508 €	484 €	462 €	452 €	450 €
BG mit 1 Person	416 €	434 €	366 €	366 €	359 €
BG mit 2 Personen	487 €	464 €	450 €	412 €	431 €
BG mit 3 Personen	575 €	531 €	537 €	483 €	532 €
BG mit 4 Personen	651 €	586 €	584 €	559 €	588 €
BG mit 5 u. mehr Personen	713 €	631 €	655 €	638 €	658 €
(2) Es werden ausschließlich BG berücksichtigt, die über lfd. Kosten der Unterkunft verfügen. Umrechnung der Wohnungskosten auf BG-Ebene.					
Durchschnittliche lfd. Leistungen für Kosten der Unterkunft im Mai 2010 (3)					
Bedarfsgemeinschaften insg.	419 €	411 €	390 €	387 €	378 €
BG mit 1 Person	338 €	351 €	302 €	289 €	299 €
BG mit 2 Personen	430 €	432 €	409 €	392 €	397 €
BG mit 3 Personen	495 €	485 €	479 €	453 €	457 €
BG mit 4 Personen	569 €	543 €	543 €	528 €	520 €
BG mit 5 u. mehr Personen	653 €	630 €	639 €	645 €	634 €
(3) ohne einmalige Kosten und ohne Übernahme von Mietschulden					
Durchschnittliche Wohnfläche je Person im Mai 2010					
Bedarfsgemeinschaften insg.	34,4 m²	36,7 m²	36,0 m²	34,6 m²	33,5 m²
BG mit 1 Person	44,8 m²	46,0 m²	46,5 m²	46,7 m²	41,4 m²
BG mit 2 Personen	30,3 m²	30,4 m²	31,6 m²	30,3 m²	30,2 m²
BG mit 3 Personen	23,6 m²	23,0 m²	24,2 m²	22,9 m²	23,9 m²
BG mit 4 Personen	19,4 m²	18,5 m²	19,7 m²	18,7 m²	19,5 m²
BG mit 5 u. mehr Personen	16,1 m²	15,4 m²	15,8 m²	15,3 m²	16,0 m²

Es werden ausschließlich Bedarfsgemeinschaften berücksichtigt, die über lfd. Kosten der Unterkunft verfügen.

(1) laufende Kosten der Unterkunft und Heizung (Wohnungsgrundkosten, Betriebskosten und Heizkosten, ohne Einmalleistungen)
(2) ausgezahlte Geldleistung für Kosten der Unterkunft

Quelle: BA-Statistik, Grundsicherung für Arbeitsuchende, Kreisreports (Werte mit einer Wartezeit von 3 Monaten); Wiesbaden eigene Auswertungen (für die Optionskommunen werden von der BA noch keine Daten zur Wohnsituation und den Wohnkosten publiziert)

Aber auch hier geht dann wieder die Schere auf: Bei niedrigeren Wohnkosten würde das Einkommen für die Sicherung des Haushaltsbedarfs zumindest bei einem Teil der SGB II-Bezieher ausreichen. Dass Wiesbadener Haushalte angesichts der hohen Bestandsmieten aber mehr Einkommen erzielen müssen, um ihren täglichen Bedarf zu sichern, ist nicht nur eine missliche Situation, sondern erhöht auch die Fallzahlen im SGB II.

3. Die Wohnflächenausstattung der SGB II-Haushalte unterscheidet sich dagegen kaum im Rhein-Main-Gebiet. Das ist insofern nicht verwunderlich als sich die angemessenen Kosten für Wohnraum bei SGB II-Empfängern nach den Belegungsrichtlinien für den öffentlich geförderten Wohnungsbau und dem Mietkostenniveau lt. Mietspiegel richten.

- **Fazit**

In Wiesbaden sind die Wohnkosten der Haushalte mit SGB II-Bezug höher als in den anderen Städten des Rhein-Main-Gebietes, obgleich die durchschnittliche Nettokaltmiete je m² laut Mietspiegel nur den Mietkosten von Altbauwohnungen bzw. Wohnungen in einfacher Lage entspricht. Bei gleichem Einkommen sind daher Wiesbadener Haushalte häufiger auf SGB II-Leistungen angewiesen bzw. sie müssen mehr verdienen, um die Hilfebedürftigkeit zu überwinden. Bereits heute benötigt beispielsweise eine Ehepaarfamilie mit zwei Kindern und KdU-Kosten in der Höhe des Durchschnitts der SGB II-Haushalte ein monatliches Bruttoerwerbseinkommen von über 1.580 € - dies entspricht einem Bruttostundenlohn von 8,75 € - zuzüglich Kindergeld und Wohngeld um das Leben ohne SGB II-Leistungen bestreiten zu können. Ein weiterer Anstieg der Wohnkosten in Wiesbaden kann deshalb weder wohnungspolitisch noch sozialpolitisch gewollt sein.

5. Sozialräumliche Segregationstendenzen der einkommensschwachen Haushalte im Wiesbadener Stadtgebiet

Der Begriff der sozialräumlichen Segregation beschreibt die räumliche Trennung von Haushalten bzw. Personen entlang Merkmalen wie Status, Einkommen oder Bildung. Wenn hier nun von Segregation gesprochen wird, dann ist die disproportionale Verteilung der Wohnstandorte unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen gemeint. Im Folgenden fokussiert sich der Blick auf die einkommensschwachen Haushalte mit SGB II-Bezug. Segregation findet allerdings auch am anderen Ende der Skala, nämlich den reichen Haushalten statt, und ist in der Realität häufiger anzutreffen als die räumliche Besonderung armer Haushalte. Das gilt auch oder gerade für Wiesbaden.

Die Segregation einkommensschwacher Haushalte basiert auf verschiedenen Mechanismen[11]:

1. *Fluktuation:* Haushalte nutzen im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten die Chancen des Marktes, ihren Wohnstandort zu verbessern.

2. *Konzentration:* Einkommensschwache Haushalte finden bezahlbaren Wohnraum nur in bestimmten Quartieren, manchmal auch Wohnlagen oder Wohnanlagen des sozialen Wohnungsbaus, die aufgrund ihrer Bestimmung, ihrer Genese und/oder ihres günstigen Mietniveaus bereits einen erhöhten Anteil von Haushalten mit geringem Budget für Wohnen aufweisen.

   Dieser Effekt kann durch die Angemessenheitsregelung der KdU im SGB II noch verstärkt werden, wenn bei hohem Mietpreisniveau und eingeschränktem Angebot im preisgünstigen Marktsegment die Konzentration gefördert wird.

3. *Marginalisierung:* Haushalte mit geringen finanziellen Mitteln oder auch mit eingeschränkter Handlungsautonomie aufgrund von sozialen Problemlagen, sind überdurchschnittlich oft immobil und verharren in Beständen, die ggfls. von anderen sozialen Schichten zunehmend gemieden werden.

Die Prozesse der sozial- und stadträumlichen Segregation vollziehen sich in der Regel über lange Zeiträume. Der Prozess ist nicht Ergebnis der Einführung des SGB II, sondern hatte schon vorher Bestand. Allerdings scheint sich mit der Einführung des SGB II der Prozess verstärkt zu haben.

Wie Brülle (2010)[12] dargestellt hat, verteilen sich in Wiesbaden die Wohnstandorte der Bezieher mit Existenzsicherungsleistungen (SGB II und SGB XII, wobei die SGB II-Leistungsberechtigten über 90 % ausmachen) seit langem auf zwei Quartierstypen:

1. Innerstädtische Wohngebiete, die durch eine eher schlechte Altbausubstanz, hohe Verdichtung und Verkehrslärm belastet sind. Hierunter fallen das innere Westend, das Bergkirchenviertel und in etwas geringerem Maße das Zentrum, die südliche

[11] BBR (2010): Kosten der Unterkunft und die Wohnungsmärkte. Forschungen Heft 142, S. 96. ff.

[12] Vgl. Brülle, H. (2009): Zur sozialräumlichen Segregation und zur Wohnungsversorgung einkommensschwacher Haushalte in Wiesbaden. In: Anhörung anlässlich des 90-jährigen Bestehens des Mieterbundes Wiesbaden und Umgebung e.V. , S. 42 – 55.

Innenstadt, das äußere Westend, Amöneburg sowie Biebrich-Mitte. In diesen Gebieten wird die Segregation bzw. Konzentration einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen vor allem durch Marktprozesse, d. h. durch unterdurchschnittliche Mieten erzeugt.

2. Quartiere des (ehemaligen) sozialen Wohnungsbaus der späten 50er bis in die frühen 90er Jahre wie die Siedlungen Schelmengraben, Sauerland, Hochfeld, Gräselberg, Waldstr./Dostojewskistraße und der Stadtteil Klarenthal. Diese Siedlungen sind zwar für die „breiten Schichten der Bevölkerung“ geschaffen worden, aber durch die fehlende Dynamisierung der Einkommensgrenzen im Sozialen Wohnungsbaus ist es in diesen Quartieren zu selektiven Bewohnerstrukturen gekommen.

Seit 2005 hat nun die sozialräumliche Polarisierung, d. h. Entmischung der Wohnstandorte einkommensarmer und einkommensstarker Haushalte im Wiesbadener Stadtgebiet zugenommen (Abbildung 2): 1994 bezogen 8,2 % der Wiesbadener Bürger Sozialhilfe nach dem BSHG. Der Bevölkerungsanteil der BSHG-Bezieher unter den Einwohnern reichte von 1,6 % in Frauenstein bis hin zu 19,3 % im Schelmengraben. Wenn man auf das Jahr 2009 schaut, dann ist Frauenstein weiterhin der Wiesbadener Stadtteil mit dem geringsten Anteil an Beziehern von Transferleistungen. Allerdings ist der Anteil nur von 1,6 % auf 2,6 % gestiegen, obgleich die wirtschaftliche Entwicklung und die Leistungsausweitung dazu geführt haben, dass Ende 2009 12,8 % der Wiesbadener Existenzsicherungsleistungen erhalten. Der Zuwachs an Bewohnern mit prekärem Einkommen hat sich nicht gleichmäßig über das Stadtgebiet verteilt, sondern kumuliert in den Stadtteilen, in denen bereits vor 15 Jahren viele Geringverdiener gelebt haben. So haben sich im Schelmengraben oder der Bleichstraße die Quoten der Bezieher von Grundsicherungsleistungen um 80 % erhöht. Die Differenz zwischen Frauenstein und Schelmengraben hat sich vervierfacht.

Abbildung 2: Sozialräumliche Polarisierung der Wohnstandorte der Haushalte mit Existenzsicherungsleistungen im Zeitverlauf

	Stadt	Stadtteil Minimum	Stadtteil Maximum
Sozialhilfe Personen 1994	8,2 %	1,6 % Frauenstein 2,0 % Sonnenberg/ Rambach	19,3 % Schelmengraben 15,0 % Bleichstr.
Existenzsicherungsleistungen (SGB II & XII) 2005	11,7 %	3,1 % Frauenstein 3,3 % Sonnenberg/ Rambach	30,9 % Schelmengraben 25,3 % Bleichstr.
Existenzsicherungsleistungen (SGB II & XII) 2009	12,8 %	2,6 % Frauenstein 3,3 % Sonnenberg/ Rambach	34,5 % Schelmengraben 29,2 % Bleichstr.

Quelle: Brülle, H. (2010): Wo und wie Menschen (zusammen) leben macht den Unterschied - Die Bedeutung des sozialen Raumes für die Lebenslagen der Bevölkerung und Anforderung an (landes)politische Handlungsprogramme. Einführungsimpuls bei der Sitzung der sozialpolitischen Kommission der FES Hessen am 24. August 2010 im Haus am Dom, Frankfurt

Die Spaltung der Wohnstandorte in Abhängigkeit von der Einkommenslage und die Zunahme der Armut in bereits armen Stadtvierteln ist keine Wiesbaden spezifische Entwicklung, sondern lässt sich für viele deutsche Großstädte nachweisen[13]. Sie ist deutlich ausgeprägter als etwa die ethnische Segregation bzw. die Trennung der Wohnstandorte von Deutschen und Ausländern.

Segregation muss nicht per se schlecht sein. Da aber die im sozialen Raum erlebten Interaktions- und Kommunikationsmuster, die gelebten sozialen Normen, Werte und Kulturen sowie die Muster sozialer Kontrolle und die Fähigkeiten der anderen Menschen Teil eines sozialen Rahmens sind, in denen Individuen ihren Entscheidungs-, Handlungs- und Verhaltensrahmen entwickeln, birgt sie auch Gefahren (vgl. Brülle 2010, s. ebenda).

Die Segregation und Segregationstendenzen im Wiesbadener Stadtgebiet sind daher zu beobachten und einer ausgeprägten sozialen Entmischung oder gar Isolierung armer Haushalte muss unbedingt entgegen getreten werden.

- **Fazit:**

Für das Sozialdezernat ist ein zentrales wohnungs- und sozialpolitisches Anliegen, ein breiteres Angebot auf dem Wiesbadener Wohnungsmarkt für die Haushalte zu schaffen, die sich entweder auf dem Wohnungsmarkt nicht selbst versorgen können oder die aus ökonomischen Gründen auf das preiswerte Segment angewiesen sind. Dazu wurden u. a. folgende strategischen Leitlinien entwickelt[14]:

1. Bei jedem Neubauprojekt mit einer Größenordnung von mehr als 50 Wohnungen sollten 15 bis 20 % der Wohneinheiten preislich auf 6,50 € Nettokaltmiete heruntersubventioniert und an Sozialwohnungsberechtigte vergeben werden.
2. Auslaufende Belegungsbindungen sind zahlenmäßig und außerhalb des Bestandes der Großsiedlungen zu ersetzen.
    - dies kann z. B. im Gefolge von (Energie)Modernisierungen geschehen oder
    - mit einem gezielten Programm zum Schaffung von Preisbindung und Belegungsberechtigungen im Bestand.

[13] Vgl. Friedrichs, J. & S. Triemer (2008): Gespaltene Städte? Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten. Wiesbaden.

[14] Vgl. Bericht zum Wohnraumversorgungskonzept 2010 – strategische Leitlinien der kommunalen Wohnungspolitik

Grundsicherung für Arbeitsuchende in Zahlen

- 1. Halbjahr 2010 -

Inhalt

Vorbemerkung A-2

Tabelle 1: SGB II-Bedarfsgemeinschaften A-2

Tabelle 2: Struktur der Bedarfsgemeinschaften A-2

Tabelle 3: Durchschnittliche Höhe des Anspruchs und der SGB II-Leistungen pro Bedarfsgemeinschaft A-3

Tabelle 4: Personen mit Anspruch auf SGB II-Leistungen A-3

Tabelle 5: Altersstrukturen der SGB II-Empfänger A-4

Tabelle 6: Arbeitsmarktteilhabe der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen A-4

Tabelle 7: Höhe der Brutto-Erwerbseinkommen der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen A-5

Tabelle 8a: Teilnehmerzahlen an Eingliederungsmaßnahmen A-6

Tabelle 8b: Erläuterungen zu den Eingliederungsmaßnahmen A-7

Tabelle 9: Aktivierungsquoten A-10

Tabelle 10: Ausgaben für die Grundsicherung für Arbeitsuchende A-12

Tabelle 11: Auszug „SGB II-Kennzahlen für interregionale Vergleiche“ des BMAS A-13

Vorbemerkung

Als SGB II-Leistungsberechtigte gelten alle Personen/Bedarfsgemeinschaften, die an mindestens einem Tag im Berichtsmonat Anspruch auf Arbeitslosengel II oder Sozialgeld hatten. Die Daten werden in der 1. Woche des Folgemonats aus OPEN/PROSOZ ausgewertet. Die amtliche Statistik geht anders vor: Sie ermittelt einen sog. Stichtagsbestand, meist zum 15. des Monats. Jeden Monat werden vorläufige Daten ermittelt und publiziert (sog. t-0-Daten), mit einem Zeitverzug von drei Monaten die endgültigen Daten (sog. t-3-Daten).

Erläuterungen zu Tabellen:

. Angabe aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich
… die Angabe liegt momentan noch nicht vor
- Zahlenwert ist genau gleich 0
VJM Vorjahresmonat
r korrigierte Zahl

Tabelle 1: SGB II-Bedarfsgemeinschaften

Bedarfsgemeinschaften		Jun 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Veränd. VJM
Bedarfsgemeinschaften	abs.	15.220	15.525	15.656	15.800	15.824	15.796	15.790	+ 570
Mitglieder pro Bedarfsgemeinschaft	Personen	2,01	1,99	1,99	1,99	1,99	1,99	1,99	-0,02

Tabelle 2: Struktur der Bedarfsgemeinschaften

		Jun 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Veränd. VJM
Bedarfsgemeinschaften insg.	**abs.**	**15.220**	**15.525**	**15.656**	**15.800**	**15.824**	**15.796**	**15.790**	**+ 570**
	in %	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	+ 0,0
Bedarfsgemeinschaften ohne Kinder	**abs.**	**9.077**	**9.354**	**9.427**	**9.538**	**9.564**	**9.544**	**9.541**	**+ 464**
	in %	59,6	60,3	60,2	60,4	60,4	60,4	60,4	+ 0,1
darunter Alleinstehende Erwachsene	abs.	7.605	7.823	7.898	8.003	8.040	8.014	8.020	+ 415
	in %	50,0	50,4	50,4	50,7	50,8	50,7	50,8	+ 0,1
Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	**abs.**	**6.066**	**6.089**	**6.146**	**6.181**	**6.179**	**6.169**	**6.166**	**+ 100**
	in %	39,9	39,2	39,3	39,1	39,0	39,1	39,1	+ 0,0
darunter Alleinerziehende	abs.	3.103	3.141	3.137	3.164	3.147	3.149	3.167	+ 64
	in %	20,4	20,2	20,0	20,0	19,9	19,9	20,1	+ 0,0
und zwar Alleinerziehende mit Kinder unter 3 Jahren	abs.	809	819	815	824	815	824	824	+ 15
	in %	5,3	5,3	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2	+ 0,0
Anzahl der Kinder in der Bedarfsgemeinschaft									
mit einem Kind	abs.	3.048	3.050	3.095	3.104	3.087	3.085	3.073	+ 25
	in %	49,6	49,4	49,7	49,6	49,3	49,3	49,2	+ 0,0
mit zwei Kindern	abs.	1.968	1.976	1.988	2.007	2.014	2.016	2.018	+ 50
	in %	32,0	32,0	31,9	32,1	32,2	32,2	32,3	+ 0,0
mit drei und mehr Kindern	abs.	1.127	1.145	1.146	1.151	1.159	1.151	1.158	+ 31
	in %	18,3	18,6	18,4	18,4	18,5	18,4	18,5	+ 0,0

Tabelle 3: Durchschnittliche Höhe des Anspruchs und der SGB II-Leistungen pro Bedarfsgemeinschaft

(nur laufende Leistungen, keine Einmalzahlungen)

Bedarfsart - Anspruch	Jun 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Veränd. VJM
Arbeitslosengeld u. Sozialgeld	595 €	613 €	615 €	613 €	613 €	614 €	614 €	+ 19 €
+ Mehrbedarf	21 €	21 €	21 €	21 €	21 €	21 €	21 €	+ 1 €
+ Zuschlag ALG II	3 €	3 €	3 €	3 €	3 €	3 €	3 €	0 €
+ Krankenversicherung	113 €	110 €	110 €	110 €	110 €	110 €	110 €	- 3 €
+ Rentenversicherung	39 €	39 €	38 €	38 €	38 €	38 €	38 €	- 1 €
+ Kosten für Unterkunft	414 €	418 €	420 €	419 €	419 €	420 €	422 €	+ 8 €
+ Kosten für Heizung	56 €	58 €	58 €	58 €	58 €	58 €	58 €	+ 2 €
- angerechnete Einkünfte	372 €	369 €	368 €	365 €	367 €	369 €	370 €	- 3 €
= durchschnittliche Leistung pro BG und Monat	**869 €**	**894 €**	**897 €**	**898 €**	**896 €**	**896 €**	**896 €**	**+ 28 €**
= durchschnittlicher Leistung pro Person und Monat	**432 €**	**449 €**	**450 €**	**451 €**	**450 €**	**451 €**	**451 €**	**+ 19 €**

Tabelle 4: Personen mit Anspruch auf SGB II-Leistungen

Personen			Jun 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Veränd. VJM
SGB II-Bezieher insg.		**abs.**	**30.598**	**30.879**	**31.168**	**31.432**	**31.486**	**31.420**	**31.397**	**+ 799**
		in %	100%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	+ 2,6%
davon	männlich	abs.	14.743	14.861	15.016	15.123	15.144	15.137	15.083	+ 340
		in %	48,2%	48,1%	48,2%	48,1%	48,1%	48,2%	48,0%	+ 2,3%
	weiblich	abs.	15.855	16.018	16.152	16.309	16.342	16.283	16.314	+ 459
		in %	51,8%	51,9%	51,8%	51,9%	51,9%	51,8%	52,0%	+ 2,9%
dav. **ALG II-Bezieher** [1]		**abs.**	**21.039**	**21.210**	**21.468**	**21.675**	**21.754**	**21.749**	**21.726**	**+ 687**
(eHb)		in %	68,8%	68,7%	68,9%	69,0%	69,1%	69,2%	69,2%	+ 3,3%
davon	männlich	abs.	9.755	9.845	9.990	10.092	10.136	10.157	10.127	+ 372
		in %	46,4%	46,4%	46,5%	46,6%	46,6%	46,7%	46,6%	+ 3,8%
	weiblich	abs.	11.284	11.365	11.478	11.583	11.618	11.592	11.599	315
		in %	53,6%	53,6%	53,5%	53,4%	53,4%	53,3%	53,4%	+ 2,8%
Bezieher von		**abs.**	**9.559**	**9.669**	**9.700**	**9.757**	**9.732**	**9.671**	**9.671**	**+ 112**
Sozialgeld [2] (nef)		in %	31,2%	31,3%	31,1%	31,0%	30,9%	30,8%	30,8%	+ 1,2%
davon	männlich	abs.	4.988	5.016	5.026	5.031	5.008	4.980	4.956	- 32
		in %	52,2%	51,9%	51,8%	51,6%	51,5%	51,5%	51,2%	- 0,6%
	weiblich	abs.	4.571	4.653	4.674	4.726	4.724	4.691	4.715	+ 144
		in %	47,8%	48,1%	48,2%	48,4%	48,5%	48,5%	48,8%	+ 3,2%

Personen mit auschl.		**abs.**	**128**	**125**	**129**	**144**	**142**	**146**	**158**	**+ 30**
Fallmanagement-Leistungen		in %	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	+ 23,4%
davon	männlich	abs.	95	87	92	107	102	103	108	+ 13
		in %	74,2%	69,6%	71,3%	74,3%	71,8%	70,5%	68,4%	+ 13,7%
	weiblich	abs.	33	38	37	37	40	43	50	+ 17
		in %	25,8%	30,4%	28,7%	25,7%	28,2%	29,5%	31,6%	+ 51,5%

[1] **ALG II-Bezieher** (eHb) = Erwerbsfähige Hilfebedürftige zwischen 15 und 64 Jahren

[2] **Sozialgeld-Bezieher** (nef) = Nicht erwerbsfähige Angehörige des Hilfebedürftigen

Tabelle 5: Altersstrukturen der SGB II-Empfänger

		Jun 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Veränd. VJM
SGB II-Empfänger/innen insgesamt	**abs.**	**30.598**	**30.879**	**31.168**	**31.432**	**31.486**	**31.420**	**31.397**	**+ 799**
	in %	**100,0%**	**100,0%**	**100,0%**	**100,0%**	**100,0%**	**100,0%**	**100,0%**	**+ 2,6%**
dar. weiblich	**abs.**	**15.855**	**16.018**	**16.152**	**16.309**	**16.342**	**16.283**	**16.314**	**+ 459**
	in %	**51,8%**	**51,9%**	**51,8%**	**51,9%**	**51,9%**	**51,8%**	**52,0%**	**+ 2,9%**
unter 3 Jahre	abs.	2.127	2.039	2.058	2.096	2.092	2.087	2.084	- 43
	in %	7,0%	6,6%	6,6%	6,7%	6,6%	6,6%	6,6%	- 2,0%
dar. weiblich	abs.	1.028	995	1.006	1.042	1.044	1.042	1.057	+ 29
	in %	48,3%	48,8%	48,9%	49,7%	49,9%	49,9%	50,7%	+ 2,8%
3 bis unter 7 Jahre	abs.	2.627	2.662	2.686	2.707	2.732	2.719	2.733	+ 106
	in %	8,6%	8,6%	8,6%	8,6%	8,7%	8,7%	8,7%	+ 4,0%
dar. weiblich	abs.	1.221	1.248	1.269	1.269	1.285	1.273	1.282	+ 61
	in %	46,5%	46,9%	47,2%	46,9%	47,0%	46,8%	46,9%	+ 5,0%
7 bis unter 15 Jahre	abs.	4.275	4.345	4.378	4.401	4.381	4.377	4.377	+ 102
	in %	14,0%	14,1%	14,0%	14,0%	13,9%	13,9%	13,9%	+ 2,4%
dar. weiblich	abs.	2.044	2.094	2.105	2.129	2.126	2.122	2.130	+ 86
	in %	47,8%	48,2%	48,1%	48,4%	48,5%	48,5%	48,7%	+ 4,2%
15 bis unter 18 Jahre	abs.	1.475	1.478	1.501	1.495	1.519	1.519	1.523	+ 48
	in %	4,8%	4,8%	4,8%	4,8%	4,8%	4,8%	4,9%	+ 3,3%
dar. weiblich	abs.	730	738	746	736	750	747	741	+ 11
	in %	49,5%	49,9%	49,7%	49,2%	49,4%	49,2%	48,7%	+ 1,5%
18 bis unter 25 Jahre	abs.	2.633	2.540	2.555	2.629	2.636	2.613	2.583	- 50
	in %	8,6%	8,2%	8,2%	8,4%	8,4%	8,3%	8,2%	- 1,9%
dar. weiblich	abs.	1.553	1.476	1.486	1.530	1.537	1.506	1.501	- 52
	in %	59,0%	58,1%	58,2%	58,2%	58,3%	57,6%	58,1%	- 3,3%
25 bis unter 50 Jahre	abs.	12.902	13.098	13.229	13.337	13.344	13.306	13.302	+ 400
	in %	42,2%	42,4%	42,4%	42,4%	42,4%	42,3%	42,4%	+ 3,1%
dar. weiblich	abs.	7.091	7.197	7.257	7.316	7.307	7.289	7.293	+ 202
	in %	55,0%	54,9%	54,9%	54,9%	54,8%	54,8%	54,8%	+ 2,8%
50 bis unter 58 Jahre	abs.	2.747	2.843	2.872	2.878	2.894	2.915	2.911	+ 164
	in %	9,0%	9,2%	9,2%	9,2%	9,2%	9,3%	9,3%	+ 6,0%
dar. weiblich	abs.	1.333	1.374	1.381	1.390	1.403	1.412	1.420	+ 87
	in %	48,5%	48,3%	48,1%	48,3%	48,5%	48,4%	48,8%	+ 6,5%
58 bis unter 65 Jahre	abs.	1.812	1.874	1.889	1.889	1.888	1.884	1.884	+ 72
	in %	5,9%	6,1%	6,1%	6,0%	6,0%	6,0%	6,0%	+ 4,0%
dar. weiblich	abs.	855	896	902	897	890	892	890	+ 35
	in %	47,2%	47,8%	47,8%	47,5%	47,1%	47,3%	47,2%	+ 4,1%

Tabelle 6: Arbeitsmarktteilhabe der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen

Personen		Jun 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Veränd. VJM
Erwerbsfähige Hilfe-	**abs.**	**21.039**	**21.210**	**21.468**	**21.675**	**21.754**	**21.749**	**21.726**	**+ 687**
bedürftige (eHb) insg.	in %	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	+ 3,3%
davon unter 25 Jahren	abs.	3.816	3.646	3.728	3.830	3.887	3.910	3.896	+ 80
	in %	18,1%	17,2%	17,4%	17,7%	17,9%	18,0%	17,9%	+ 2,1%
über 25 Jahren	abs.	17.223	17.564	17.740	17.845	17.867	17.839	17.830	+ 607
	in %	81,9%	82,8%	82,6%	82,3%	82,1%	82,0%	82,1%	+ 3,5%
dav. **arbeitslos**	abs.	**8.338**	**8.596**	**8.614**	**8.646**	**8.660**	**8.129**	**7.866**	**- 472**
	in %	39,6%	40,5%	40,1%	39,9%	39,8%	37,4%	36,2%	- 5,7%
davon unter 25 Jahren	abs.	843	778	792	825	865	812	818	- 25
	in %	22,1%	21,3%	21,2%	21,5%	22,3%	20,8%	21,0%	- 3,0%
über 25 Jahren	abs.	7.495	7.818	7.822	7.821	7.795	7.317	7.048	- 447
	in %	43,5%	44,5%	44,1%	43,8%	43,6%	41,0%	39,5%	- 6,0%
dav. **erwerbstätig**	abs.	**6.008**	**6.160**	**6.127**	**6.162**	**6.216**	**6.326**	**6.363**	**+ 355**
	in %	28,6%	29,0%	28,5%	28,4%	28,6%	29,1%	29,3%	+ 5,9%
davon unter 25 Jahren	abs.	735	798	802	791	783	787	791	+ 56
	in %	19,3%	21,9%	21,5%	20,7%	20,1%	20,1%	20,3%	+ 7,6%
über 25 Jahren	abs.	5.273	5.362	5.325	5.371	5.433	5.539	5.572	+ 299
	in %	30,6%	30,5%	30,0%	30,1%	30,4%	31,0%	31,3%	+ 5,7%
dav. **ALG I - Aufstocker**	abs.	**634**	**672**	**717**	**745**	**723**	**657**	**632**	**- 2**
	in %	3,0%	3,2%	3,3%	3,4%	3,3%	3,0%	2,9%	- 0,3%
davon unter 25 Jahren	abs.	108	116	119	130	120	106	92	- 16
	in %	2,8%	3,2%	3,2%	3,4%	3,1%	2,7%	2,4%	- 14,8%
über 25 Jahren	abs.	526	556	598	615	603	551	540	+ 14
	in %	3,1%	3,2%	3,4%	3,4%	3,4%	3,1%	3,0%	+ 2,7%

Tabelle 7: Höhe der Brutto-Erwerbseinkommen der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen

		Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10
Erwerbstätige	**abs.**	**6.160**	**6.127**	**6.162**	**6.216**	**6.326**	**6.363**
-insgesamt-	**in %**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**
dar. in geringfügiger Beschäftigung	abs.	2.501	2.500	2.498	2.543	2.585	2.605
	in %	40,6	40,8	40,5	40,9	40,9	40,9
in sozialversicherungs-pflichtiger Beschäftigung	abs.	3.286	3.235	3.260	3.267	3.319	3.338
	in %	53,3	52,8	52,9	52,6	52,5	52,5
in selbständiger Tätigkeit	abs.	373	392	404	406	422	420
	in %	6,1	6,4	6,6	6,5	6,7	6,6
mit mehreren Erwerbseinkommen	abs.	275	283	293	297	288	284
	in %	4,5	4,6	4,8	4,8	4,6	4,5
mit Brutto-Einkommen > 800 €	abs.	1.946	1.883	1.870	1.911	1.953	1.981
	in %	31,6	30,7	30,3	30,7	30,9	31,1
Erwerbsbeteiligung alle eHb	in %	**29,0**	**28,5**	**28,4**	**28,6**	**29,1**	**29,3**
Erwerbstätige	**abs.**	**3.260**	**3.290**	**3.310**	**3.326**	**3.333**	**3.353**
-Frauen-	**in %**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**
dar. in geringfügiger Beschäftigung	abs.	1.419	1.434	1.436	1.458	1.465	1.482
	in %	43,5	43,6	43,4	43,8	44,0	44,2
in sozialversicherungs-pflichtiger Beschäftigung	abs.	1.693	1.701	1.709	1.698	1.694	1.694
	in %	51,9	51,7	51,6	51,1	50,8	50,5
in selbständiger Tätigkeit	abs.	148	155	165	170	174	177
	in %	4,5	4,7	5,0	5,1	5,2	5,3
mit mehreren Erwerbseinkommen	abs.	179	178	184	189	183	184
	in %	5,5	5,4	5,6	5,7	5,5	5,5
mit Brutto-Einkommen > 800 €	abs.	977	979	968	973	974	964
	in %	30,0	29,8	29,2	29,3	29,2	28,8
Erwerbsbeteiligung Frauen	in %	**28,7**	**28,7**	**28,6**	**28,6**	**28,8**	**28,9**
Erwerbstätige	**abs.**	**2.900**	**2.837**	**2.852**	**2.890**	**2.993**	**3.010**
-Männer-	**in %**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**
dar. in geringfügiger Beschäftigung	abs.	1.082	1.066	1.062	1.085	1.120	1.123
	in %	37,3	37,6	37,2	37,5	37,4	37,3
in sozialversicherungs-pflichtiger Beschäftigung	abs.	1.593	1.534	1.551	1.569	1.625	1.644
	in %	54,9	54,1	54,4	54,3	54,3	54,6
in selbständiger Tätigkeit	abs.	225	237	239	236	248	243
	in %	7,8	8,4	8,4	8,2	8,3	8,1
mit mehreren Erwerbseinkommen	abs.	96	105	109	108	105	100
	in %	3,3	3,7	3,8	3,7	3,5	3,3
mit Brutto-Einkommen > 800 €	abs.	969	904	902	938	979	1.017
	in %	33,4	31,9	31,6	32,5	32,7	33,8
Erwerbsbeteiligung Männer	in %	**29,5**	**28,4**	**28,3**	**28,5**	**29,5**	**29,7**
Erwerbstätige	**abs.**	**798**	**802**	**791**	**783**	**787**	**791**
-15 bis unter 25 Jährige-	**in %**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**
dar. in geringfügiger Beschäftigung	abs.	278	295	289	291	299	312
	in %	34,8	36,8	36,5	37,2	38,0	39,4
in sozialversicherungs-pflichtiger Beschäftigung	abs.	516	501	496	486	485	476
	in %	64,7	62,5	62,7	62,1	61,6	60,2
in selbständiger Tätigkeit	abs.	4	6	6	6	3	3
	in %	0,5	0,7	0,8	0,8	0,4	0,4
mit mehreren Erwerbseinkommen	abs.	25	25	18	19	16	14
	in %	3,1	3,1	2,3	2,4	2,0	1,8
mit Brutto-Einkommen > 800 €	abs.	78	80	72	70	77	74
	in %	9,8	10,0	9,1	8,9	9,8	9,4
Erwerbsbeteiligung 15 bis unter 25 Jährige	in %	**21,9**	**21,5**	**20,7**	**20,1**	**20,1**	**20,3**

Für 2010 liegt kein Vergleich mit dem Vorjahresmonat vor, da diese Auswertungen erst im Januar 2010 eingeführt wurden.

Tabelle 8a: Teilnehmerzahlen an Eingliederungsmaßnahmen

Art der Eingliederungsmaßnahme		Jun 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10
		endgültige Zahlen						
1 Beratung, Vorbereitung und Unterstützung der Arbeitsuche								
Eingelöste Vermittlungsgutscheine (§ 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. § 421g SGB III)	Teilnehmer	.	.	.	.	-	.	.
	dar. weibl. (%)	.	.	.	.	-	.	.
Beauftragung Dritter mit der Vermittlung (§ 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. § 46 Abs. 1 Nr. 3 SGB III)	Teilnehmer	226	211	230	237	226	213	214
	dar. weibl. (%)	36,3	40,8	40,0	40,1	40,7	39,4	39,3
Förderung aus dem Vermittlungsbudget (§ 45 SGB III) - nachrichtlich -	Teilnehmer	217	r 249	r 296	r 412	r 347	r 314	r 358
	dar. weibl. (%)	49,3	r 51,8	r 55,7	r 50,0	r 51,6	r 45,9	r 51,7
Teilnahmen an Maßnahmen zur Aktivierung und berufl. Eingliederung (§ 46 SGB III)	Teilnehmer	636	614	685	767	757	731	699
	dar. weibl. (%)	41,5	41,5	40,6	42,9	43,7	45,6	43,3
Teilnehmer/innen insg. (ohne Einmalleistungen)	Teilnehmer	**864**	**826**	**916**	**1.005**	**983**	**946**	**914**
	dar. weibl. (%)	**40,3**	**41,3**	**40,5**	**42,3**	**43,0**	**44,1**	**42,5**
2 Qualifizierung								
Berufliche Weiterbildung (§§ 77 ff SGB III)	Teilnehmer	233	211	201	185	187	202	199
	dar. weibl. (%)	40,3	55,0	55,2	55,1	57,2	57,9	54,8
Umschulungen (§§ 77 ff SGB III)	Teilnehmer	195	194	174	191	193	185	187
	dar. weibl. (%)	62,1	55,7	56,3	55,0	53,9	54,1	54,0
Teilnehmer/innen insg.	Teilnehmer	**428**	**405**	**375**	**376**	**380**	**387**	**386**
	dar. weibl. (%)	**50,2**	**55,3**	**55,7**	**55,1**	**55,5**	**56,1**	**54,4**
3 Förderung der Berufsausbildung								
Berufsvorbereitende Maßnahme (BVB) (§ 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. § 61 SGB III)	Teilnehmer	100	104	120	113	103	104	104
	dar. weibl. (%)	51,0	43,3	43,3	41,6	45,6	47,1	47,1
Berufsausbildung Benachteiligter (BAE) (§ 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. § 242 SGB III)	Teilnehmer	232	307	282	271	267	262	259
	dar. weibl. (%)	42,7	38,4	39,0	38,0	37,8	38,5	38,6
Wiesbaden Einstiegsqualifizierung (EQ)	Teilnehmer	-	11	11	12	12	12	11
	dar. weibl. (%)	-	72,7	63,6	58,3	58,3	58,3	63,6
sonst. Förderung der Berufsausbildung (§ 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. § 235 SGB III)	Teilnehmer	24	32	32	33	31	31	30
	dar. weibl. (%)	66,7	50,0	43,8	45,5	45,2	45,2	50,0
Teilnehmer/innen insg.	Teilnehmer	**356**	**454**	**445**	**429**	**413**	**409**	**404**
	dar. weibl. (%)	**46,6**	**41,2**	**41,1**	**40,1**	**40,9**	**41,8**	**42,3**
4 Beschäftigungsfördernde Maßnahmen								
Förderung abhängiger Beschäftigung (§ 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. §§ 217 ff SGB III bzw. §§ 417 ff SGB III)	Teilnehmer	226	209	212	212	216	225	251
	dar. weibl. (%)	36,7	37,3	37,3	37,3	36,6	35,1	32,3
Beschäftigungszuschuss (§ 16e SGB II)	Teilnehmer	64	86	87	88	89	94	90
	dar. weibl. (%)	25,0	30,2	29,9	29,5	29,2	28,7	26,7
Förderung der Selbständigkeit (§ 16b und § 16c SGB II)	Teilnehmer	108	90	93	93	100	96	131
	dar. weibl. (%)	36,1	36,7	41,9	37,6	41,0	35,4	40,5
Teilnehmer/innen insg.	Teilnehmer	**398**	**385**	**392**	**393**	**405**	**415**	**472**
	dar. weibl. (%)	**34,7**	**35,6**	**36,7**	**35,6**	**36,0**	**33,7**	**33,5**
5 Arbeitsgelegenheiten								
Arbeitsgelegenheiten (AGH) -Mehraufwandsvariante- (§ 16d SGB II)	Teilnehmer	1.080	1.010	1.001	1.050	1.107	1.141	1.114
	dar. weibl. (%)	34,2	36,1	35,3	33,8	32,5	33,6	33,8
AGH für 58jährige und ältere -auslaufend- (§ 16d SGB II)	Teilnehmer	17	-	-	-	-	-	-
	dar. weibl. (%)	17,6	-	-	-	-	-	-
Teilnehmer/innen insg.	Teilnehmer	**1.097**	**1.010**	**1.001**	**1.050**	**1.107**	**1.141**	**1.114**
	dar. weibl. (%)	**33,9**	**36,1**	**35,3**	**33,8**	**32,5**	**33,6**	**33,8**
6 Freie Förderung								
sonst. weitere Leistungen nach § 16f SGB II	Teilnehmer	225	156	100	106	111	107	105
	dar. weibl. (%)	44,4	58,3	73,0	68,9	65,8	65,4	66,7
Darlehen	Teilnehmer	5	4	.	6	7	3	6
	dar. weibl. (%)	80,0	50,0	-	16,7	42,9	-	-
Teilnehmer/innen insg.	Teilnehmer	**230**	**160**	**102**	**112**	**118**	**110**	**111**
	dar. weibl. (%)	**45,2**	**58,1**	**71,6**	**66,1**	**64,4**	**63,6**	**63,1**

...

noch Tabelle 8a: Teilnehmerzahlen an Eingliederungsmaßnahmen

Art der Eingliederungsmaßnahme		Jun 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10
		endgültige Zahlen						
7 Flankierende Leistungen (1)								
Schuldnerberatung (§ 16a Nr. 2 SGB II)	Teilnehmer	136	173	183	196	203	215	213
	dar. weibl. (%)	36,8	34,1	35,0	37,2	37,9	38,1	38,5
Suchtberatung (§ 16a Nr. 4 SGB II)	Teilnehmer	53	49	50	51	49	57	56
	dar. weibl. (%)	22,6	10,2	18,0	15,7	14,3	19,3	14,3
Kinderbetreuung	Teilnehmer	-	8	14	15	20	22	24
	dar. weibl. (%)	-	100,0	100,0	100,0	100,0	95,5	100,0
Teilnehmer/innen insg.	Teilnehmer	**189**	**230**	**247**	**262**	**272**	**294**	**293**
	dar. weibl. (%)	**32,8**	**31,3**	**35,2**	**36,6**	**38,2**	**38,8**	**38,9**
8 Integrations- und Sprachkurse für Migranten								
Integrationskurse für Migranten (BAMF) (§ 44 AufenthG)	Teilnehmer	500	541	602	580	550	611	547
	dar. weibl. (%)	64,8	64,3	66,8	65,5	65,6	66,0	63,1
berufsbezogene Sprachkurse	Teilnehmer	-	.	20	42	41	39	39
	dar. weibl. (%)	-	100,0	70,0	83,3	82,9	82,1	82,1
Teilnehmer/innen insg.	Teilnehmer	**500**	**542**	**622**	**622**	**591**	**650**	**586**
	dar. weibl. (%)	**64,8**	**64,4**	**66,9**	**66,7**	**66,8**	**66,9**	**64,3**
9 Drittfinanzierte Projekte und auslaufende Förderinstrumente								
Perspektive 50plus (Aus Pakt-Mitteln des Bundes)	Teilnehmer	-	-	7	146	203	268	398
	dar. weibl. (%)	-	-	42,9	34,9	38,9	39,6	46,0
Drittfinanzierte Projekte	Teilnehmer	-	-	3	5	5	3	3
	dar. weibl. (%)	-	-	66,7	80,0	80,0	66,7	66,7
Existenzgründerzuschuss (EZN) -auslaufend-	Teilnehmer	5	-	-	-	-	-	-
	dar. weibl. (%)	60,0	-	-	-	-	-	-
Teilnehmer/innen insg.	Teilnehmer	**5**	**-**	**10**	**151**	**208**	**271**	**401**
	dar. weibl. (%)	**60,0**	**-**	**50,0**	**36,4**	**39,9**	**39,9**	**46,1**
Summe der Teilnehmer/innen an Eingliederungsleistungen (ohne Einmalleistungen)	Teilnehmer	**4.067**	**4.012**	**4.110**	**4.400**	**4.477**	**4.623**	**4.681**
	dar. weibl. (%)	**42,6**	**44,1**	**44,8**	**44,1**	**43,9**	**44,5**	**43,8**

Stand: 07.12.2010

(1) Zu den weiteren flankierenden Leistungen (Kinderbetreuung, psycho-soziale Leistungen) liegen keine monatlichen Daten vor.

Tabelle 8b: Erläuterungen zu den Eingliederungsmaßnahmen

1. Beratung, Vorbereitung und Unterstützung der Arbeitsuche		
1.1	Vermittlungsgutschein (§16 Abs. 1 SGB II in Verbindung mit §421g SGB III)	Instrument zur Unterstützung des eHb bei der Arbeitsplatzsuche. Die Kommunale Arbeitsvermittlung verpflichtet sich, an einen privaten Arbeitsvermittler einen bestimmten Betrag zu zahlen, wenn dieser den Inhaber des Vermittlungsgutscheins in eine mindestens 15 Wochenstunden umfassende sozialversicherungspflichtige Tätigkeit vermittelt.
1.2	Beauftragung Dritter mit der Vermittlung (§ 16 Abs. 1 SGB II i. V. § 46 Abs. 1 Nr. 3 SGB III)	Beauftragung Dritter mit der Vermittlung entsprechend des ehemaligen § 37 SGB III. Dieses Angebot erhalten eHb, die eine realistische Vermittlungschance auf dem 1. Arbeitsmarkt haben.
1.3	Förderung aus dem Vermittlungsbudget (§ 45 SGB III)	Individuelle Eingliederungsleistungen zur Anbahnung oder zur Aufnahme einer Ausbildung sowie einer versicherungspflichtigen Tätigkeit, z. B. Bewerbungskosten, Reisekosten, Mobilitätsbeihilfen oder sonstige Kosten und Gebühren. Die Förderungen aus dem Vermittlungsbudget werden nicht als „ Aktivierung“ gezählt, da es sich dabei um Einmalleistungen handelt.
1.4	Teilnahmen an Maßnahmen zur Aktivierung und berufl. Eingliederung (§ 46 SGB III)	Maßnahmen zur Heranführung an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Feststellung, Verringerung oder Beseitigung von Vermittlungshemmnissen, Vermittlung in eine versicherungspflichtige Beschäftigung, Heranführung an eine selbständige Tätigkeit oder Stabilisierung einer Beschäftigungsaufnahme (z. B.: Berufsorientierungskurse, Bewerbungscoaching)

...

noch Tabelle 8b: Kurzerläuterungen zu den Eingliederungsmaßnahmen

2. Qualifizierung		
2.1	Berufliche Weiterbildung (§§ 77 ff SGB III)	Berufliche Fortbildungsmaßnahmen i.S. des SGB III, die, aufbauend auf vorhandenen Berufserfahrungen, weiterführende umfassende Fachkenntnisse vermitteln.
2.2	Umschulungen (§§ 77 ff SGB III)	Fortbildungsmaßnahmen (Umschulungsmaßnahmen), die zu einem anerkannten Berufsabschluss führen.
3. Förderung der Berufsausbildung		
3.1	Berufsvorbereitende Maßnahmen (BVB) (§16 Abs. 1 SGB II in Verbindung mit §61 SGB III)	10-monatige von der Agentur für Arbeit angebotene Berufsvorbereitungsmaßnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene, die noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Die berufliche Orientierung verbunden mit betrieblichen Praktika verbessern die Aussichten auf einen Ausbildungsplatz. Es besteht die Möglichkeit, den Hauptschulabschluss nachzuholen.
3.2	Berufsausbildung Benachteiligter BaE (§16 Abs. 1 SGB II in Verbindung mit §242 SGB III)	Ziel ist der erfolgreiche Abschluss einer Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf nach § 25 BBiG. Angestrebt wird der Übergang in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis nach dem ersten oder zweiten Ausbildungsjahr.
3.3	Wiesbaden EQ (§16 Abs. 1 SGB II in Verbindung mit §235 SGB III)	Die Einstiegsqualifizierung (EQ) wendet sich an Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren, die einen Ausbildungsplatz suchen und bis zum 30. September des Jahres noch nicht vermittelt sind. Bei gleichzeitiger Teilnahme am Berufsschulunterricht besteht die Möglichkeit der Anerkennung als erstes Ausbildungsjahr.
3.4	sonst. Förderung der Berufsausbildung	Ziel ist der erfolgreiche Abschluss von Benachteiligten und Schwerbehinderten in einem Industrieberuf durch Förderung der Ausbildung in einer überbetrieblichen Ausbildungswerkstatt.
4. Beschäftigungsfördernde Maßnahmen		
4.1	Förderung abhängiger Beschäftigung (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. §§ 217 ff SGB III bzw. §§417 ff SGB III)	Arbeitgeber können zur Eingliederung von förderungsbedürftigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Zuschüsse zu den Arbeitsentgelten (Eingliederungszuschuss / EGZ) zum Ausgleich von Minderleistungen erhalten. Arbeitgebern erhalten dadurch einen Anreiz für die Einstellung von eHb mit Vermittlungshemmnissen.
4.2	Beschäftigungszuschuss (§ 16e SGB II)	Arbeitgeber können zur Eingliederung in Arbeit von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mit erheblichen Vermittlungshemmnissen einen Beschäftigungszuschuss als Ausgleich der zu erwartenden Minderleistungen des Arbeitnehmers und einen Zuschuss zu sonstigen Kosten erhalten. Zielgruppe: Bewerbertyp E der für Wiesbaden entwickelten zielorientierten Bewerbertypisierung im SGB II. Der Beschäftigungszuschuss beträgt als Regelförderung 75% des tariflichen oder ortsüblichen Arbeitsentgeltes und wird als Regelförderungszeit für 24 Monate gewährt. Es besteht die Möglichkeit einer unbefristete Verlängerung
4.3	Förderung der Selbständigkeit (§ 16b SGB II, § 16c SGB II, § 46 SGB III)	a) Einstiegsgeld nach § 16b SGB II Zuschuss zum Einkommen aus Erwerbstätigkeit, wenn dies zum Zwecke der Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt erforderlich erscheint und die Fördervoraussetzungen erfüllt sind (Ermessensleistung) b) Leistungen zur Eingliederung von Selbstständigen nach § 16c SGB II Zuschüsse und Darlehen zur Beschaffung von Sachgütern für Existenzgründer und Selbstständige. c) Vorbereitung und modulare Qualifizierung von Existenzgründern (§ 46 SGB III)

...

noch Tabelle 8b: Kurzerläuterungen zu den Eingliederungsmaßnahmen

5. Arbeitsgelegenheiten		
5.1	AGH mit Mehraufwandsent-schädigung (§ 16d SGB II)	Bei den Arbeitsgelegenheiten handelt es sich um nicht versicherungspflichtige Beschäftigungen von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen. Die Arbeiten sind zusätzlich und im öffentlichen Interesse und begründen kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts. Teilnehmer/innen an Arbeitsgelegenheiten erhalten für die Dauer der Tätigkeit zuzüglich zum Arbeitslosengeld II eine Mehraufwandsentschädigung.
5.2	AGH 58+ (§ 16d SGB II)	Entsprechend der Bund-Länder-Initiative 58+ werden Arbeitsgelegenheiten für erwerbsfähige Hilfebedürftige ab vollendetem 58. Lebensjahr angeboten. Die Förderdauer beträgt maximal 36 Monate, bzw. bis Eintritt in die Altersrente. Das Programm endete am 31.12.2009
6. Freie Förderung		
6.1	Freie Förderung nach § 16f SGB II	Förderung von Einzelmaßnahmen, die nicht nach § 16 SGB II i.V.m. SGB III gefördert werden können, oder Leistungen des SGB II und III aufstocken, wenn diese nicht ausreichen, um das individuelle Ziel zu erreichen. Auch die Förderung von Projekten zur Anschubfinanzierung ist möglich.
6.2	Darlehen (§ 16f SGB II)	Zur Integration in den 1. Arbeitsmarkt kann als Eingliederungsleistung ein Darlehen gewährt werden, wenn z. B. ein konkretes Angebot für eine Festeinstellung vorliegt (z.B. Führerschein).
7. Flankierende Leistungen		
7.1	Schuldnerberatung (§ 16a Nr.2 SGB II)	Schuldnerberatungen sind kommunale Eingliederungsleistungen, die von verschiedenen Trägern für Menschen mit Schuldenproblemen angeboten werden. Primäres Ziel der Einzelberatung ist es, durch geeignete Maßnahmen das Auskommen der Bedarfsgemeinschaft zu sichern, eine soziale Stabilisierung zu erreichen und mittel- bzw. langfristig eine Schuldenreduzierung / -befreiung zu realisieren.
7.2	Suchtberatung (§ 16a Nr.4 SGB II)	Angebote für eHb mit Suchtproblemen als kommunale Eingliederungsleistung
8. Integrations- und Sprachkurse für Migranten		
8.1	Integrationskurse für Migranten (BAMF) (§ 44 AufenthG)	Deutsch – Integrationskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Die Kurse richten sich an Personen, die nur über wenige Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen. Der Unterricht findet ausschließlich auf Grundkursniveau statt.
8.2	berufsbezogene Sprachkurse für Migranten (BMAF)	Aufbauende Sprachkurse mit berufsbezogenen Inhalten. Die Kursgruppen werden nach Berufsfeldern zusammengestellt.
9. Drittfinanzierte Projekte und auslaufende Förderinstrumente		
9.1	Drittfinanzierte Projekte	Eingliederungsmaßnahmen, die in Kombination mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds entweder über Programme der Hessischen Landesregierung oder Bundesprogrammen mit Mitteln des SGB II kombiniert werden.
9.2	EZN - auslaufend -	Existenzgründern werden Zuschüsse zum Arbeitsentgelt gezahlt.

Quelle: Maßnahmenmanagement der Kommunalen Arbeitsvermittlung Wiesbaden

Tabelle 9: Aktivierungsquoten

9.1 Aktivierungsquote nach Definition SGB II-Träger Wiesbaden

Aktivierungsquote = Zahl der ehb mit
- Schulbesuch,
- Erwerbstätigkeit oder
- Teilnahme an einer Maßnahme

* 100 / eHb insg.

		Jun 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10
Aktivierungsquote insg.	in %	54,9%	54,4%	54,4%	55,6%	56,3%	57,8%	58,5%
dar. unter 25 Jahren	in %	73,9%	80,1%	81,3%	79,7%	79,8%	81,9%	82,5%
25 Jahre und älter	in %	50,6%	49,0%	48,8%	50,5%	51,2%	52,6%	53,3%

SOLL-Werte lt. BMAS: unter 25jährige: 52%, über 25jährige: 23 %

9.2 Aktivierungsquote nach Definition BA

Aktivierungsquote = Zahl der Teilnehmer in Maßnahmen * 100 / (Arbeitslose + Maßnahmenteilnehmer - arbeitslose MN-Teilnehmer)

		Jun 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10
Aktivierungsquote insg.	in %	37,1%	35,1%	35,5%	37,2%	37,9%	38,9%	39,9%
dar. unter 25 Jahren	in %	45,4%	53,1%	53,9%	52,4%	50,4%	52,2%	50,6%
25 Jahre und älter	in %	35,9%	32,5%	32,9%	35,1%	36,1%	37,0%	38,4%

9.3 Integrationen in den 1. Arbeitsmarkt

Integrationsquote = (Zahl der eHb mit Aufnahme einer Beschäftigung/Ausbildung im 1. Arbeitsmarkt mit Bezugsende SGB II
+ Zahl der eHb mit Aufnahme einer Beschäftigung/Ausbildung im 1. Arbeitsmarkt ohne Bezugsende SGB II
+ Zahl der eHb mit Übergang von einer nicht sozialversicherungspflichtigen in eine SV-pflichtige Beschäftigung)
/ durchschnittlicher Bestand an eHb im Berichtszeitraum

Form der Arbeitsmarktintegration		1. Quartal 2009	2. Quartal 2009	3. Quartal 2009	4. Quartal 2009	**Jahr 2009**	**1. Quartal 2010**	**2. Quartal 2010**
Aufnahme einer **nicht** sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung **ohne** Ende des SGB II-Bezuges	abs.	418	532	577	481	**2.008**	**574**	**654**
	in %	36,8%	41,0%	30,4%	33,2%	**34,7%**	**35,7%**	**35,1%**
Aufnahme einer **sozialversicherungspflichtigen** Beschäftigung **ohne** Ende des SGB II-Bezuges	abs.	480	578	739	677	**2.474**	**609**	**836**
	in %	42,3%	44,6%	38,9%	46,8%	**42,8%**	**37,8%**	**44,9%**
Aufnahme Beschäftigung **mit** Ende des SGB II-Bezuges	abs.	208	182	280	215	**885**	**370**	**334**
	in %	18,3%	14,0%	14,7%	14,8%	**15,3%**	**23,0%**	**17,9%**
Aufnahme **Ausbildung**	abs.	30	5	304	75	**414**	**56**	**37**
	in %	2,6%	0,4%	16,0%	5,2%	**7,2%**	**3,5%**	**2,0%**
Arbeitsmarktintegrationen insgesamt	abs.	**1.136**	**1.297**	**1.900**	**1.448**	**5.781**	**1.609**	**1.861**
	in %	100%	100%	100%	100,0%	**100%**	**100%**	**100%**
Integrationsquote [1]	in %	**5,5%**	**6,2%**	**9,0%**	**6,9%**	**27,6%**	**7,5%**	**8,6%**

[1] Die Berechnung der Integrationsquote wurde verändert. Entsprechend der Definitionen zur Integrationsquote nach § 48a SGB II wird die Zahl der Integrationen im Berichtszeitraum auf den durchschnittlichen Bestand an eHb bezogen (und nicht mehr auf die kumulierte Zahl der Arbeitsuchenden im Berichtszeitraum). Die Veränderung des Nenners bewirkt einen Rückgang der Integrationsquote, weil die Integrationen nun auch auf Personen bezogen werden, die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen (z.B. Schüler, Erziehungsleistende).

Entwicklung der Zahl der Arbeitsmarktintegration

Form der Arbeitsmarktintegration		Jahr 2005	Jahr 2006	Jahr 2007	Jahr 2008	Jahr 2009
Aufnahme einer Beschäftigung/Ausbildung bzw. Erhöhung des Erwerbseinkommens auf >= 400 € (2005-2008) bzw. Aufnahme einer SV-pflichtigen Beschäftigung (ab 2009) **ohne Ende des SGB II-Bezuges**	abs.	2.553	4.810	5.207	5.209	4.482
	in %	79,7%	80,6%	77,7%	76,1%	77,5%
Aufnahme einer Beschäftigung **mit Ende des SGB II-Bezuges** oder Aufnahme einer Ausbildung	abs.	649	1.161	1.494	1.635	1.299
	in %	20,3%	19,4%	22,3%	23,9%	22,5%
Arbeitsmarktintegrationen insgesamt	abs.	**3.202**	**5.971**	**6.701**	**6.844**	**5.781**
	in %	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle 10: Ausgaben für die Grundsicherung für Arbeitsuchende

Art der Leistung	Jun 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10	kum. bis Jun 10	kum. bis Jun 09
	in 1.000 €	in 1.000 €	in 1.000 €	in 1.000 €	in 1.000 €	in 1.000 €	in 1.000 €	in 1.000 €	in 1.000 €
Leistungen zum Lebensunterhalt [1]	5.413	5.296	5.381	5.602	5.750	5.524	5.509	33.061	30.827
Einmalige Leistungen nach § 23 SGB II [2]	122	103	127	142	136	146	118	772	645
Beiträge zur Sozialversicherungen [3]	2.365	2.327	2.313	2.320	2.367	2.408	2.352	14.086	13.790
Leistungen für Unterkunft und Heizung insg.	6.813	6.860	6.766	6.809	6.609	6.854	6.965	40.863	39.199
davon								0	0
Bundesanteil	1.771	1.619	1.597	1.607	1.560	1.618	1.644	9.644	10.192
kommunaler Anteil	5.082	5.241	5.169	5.202	5.049	5.237	5.321	31.219	29.242
Eingliederungsleistungen insg.	1.646	1.639	1.347	1.322	1.539	1.432	1.669	8.948	8.232
davon									
Bund	1.525	1.584	1.253	1.269	1.483	1.298	1.610	8.497	7.726
Kommune	121	55	94	53	56	134	59	451	507
Verwaltungskosten	1.495	1.634	1.537	1.563	1.569	1.582	1.642	9.527	9.143
davon									
Bund	1.307	1.428	1.343	1.366	1.372	1.383	1.435	8.327	7.991
Kommune	188	206	194	197	198	199	207	1.200	1.152
Kosten insg.	**27.660**	**17.859**	**17.471**	**17.758**	**17.970**	**17.946**	**18.254**	**107.258**	**101.836**

Jeweils Netto-Wert nach Abzug von Einnahmen, jedoch ohne Gegenrechnung der Erstattungen durch den Bund.

[1] Arbeitslosengeld II und Sozialgeld, Mehrbedarfe, befristeter Zuschlag zum ALG I, Schulgeld

[2] Erstausstattung Wohnung, bei Schwangerschaft und Geburt sowie mehrtägige Klassenfahrten

[3] Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung, einschl. Zuschüssen
(Der Zuschuss zu den SV-Beiträgen wurde rückwirkend zum April 2010 korrigiert)

Quelle: Geschäftsdaten "Abrechnung Bund" 51.5002

Tabelle 11: Auszug „SGB II-Kennzahlen für interregionale Vergleiche“ des BMAS

	Kennzahl		Stadt Wiesbaden (zkT)	Stadt Offenbach (ARGE)	Stadt Darmstadt (ARGE)	Stadt Frankfurt (ARGE)	Stadt Mainz (ARGE)
A5	SGB II-Quote in der Bevölkerung 18 bis unter 65 Jahren (SGB II-Empfänger/innen je 100 Personen bis unter 65 Jahren)	Jun 09	14,1%	19,3%	11,1%	12,9%	9,2%
		Jun 10	14,3%	19,9%	11,2%	13,1%	9,2%
A2	Entwicklung der Beschäftigung am Wohnort (Prozentuale Veränderung der Beschäftigten im Vergleich zum Vorjahresquartal)	Mrz 09	+ 1,1%	+ 1,0%	+ 1,3%	+ 1,8%	+ 1,6%
		Mrz 10	+ 0,2%	- 1,0%	+ 0,5%	- 0,1%	+ 0,9%
A3-1	Arbeitslosenquote insgesamt (Arbeitslose im Rechtskreis SGB II und SGB III je 100 zivile Erwerbspersonen)	Jun 09	8,1%	11,5%	7,2%	8,4%	6,5%
		Jun 10	7,9%	11,3%	6,6%	7,8%	6,0%
A3-3	Arbeitslosenquote SGB II (Arbeitslose im Rechtskreis SGB II je 100 zivile Erwerbspersonen)	Jun 09	6,1%	8,6%	5,5%	6,2%	4,4%
		Jun 10	5,9%	8,7%	5,0%	5,7%	4,1%
C4	Sanktionsquote der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (Sanktionierte je 100 eHb)	Jun 09	3,1%	2,6%	2,0%	3,0%	1,8%
		Jun 10	2,5%	2,6%	3,1%	3,2%	2,4%
D1	Erwerbsbeteiligung eHb (Anteil der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mit Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit)	Jun 09	28,8%	26,6%	27,7%	24,4%	28,4%
		Jun 10	29,1%	28,0%	30,2%	25,7%	29,6%
E1-1	Aktivierungsquote (Anteil der Teilnehmer in arbeitsmarkt-politischen Maßnahmen bezogen auf die Summe der Arbeitslosen und Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im SGB II)	Jun 09	23,7%	31,0%	17,2%	22,2%	19,7%
		Jun 10	23,5%	27,6%	22,0%	28,7%	22,2%
E1-2	Aktivierungsquote für Jüngere (Anteil der Teilnehmer < 25 Jahren in arbeitsmarkt-politischen Maßnahmen an den Arbeitslosen und Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im SGB II)	Jun 09	33,4%	59,8%	16,9%	25,7%	25,4%
		Jun 10	30,4%	55,6%	22,3%	31,0%	27,4%
E 3	Eingliederungsquote (Anteil eHb mit Aufnahme einer SV-pflichtigen Beschäftigung 6 Monate nach Maßnahmenaustritt)	Jun 09	x	x	x	x	x
		Jun 10	28,2%	27,9%	26,0%	21,8%	26,6%

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, 22. November 2010
Anmerkung: Die Daten werden jeweils rückwirkend für den Monat t-3 erhoben.